

DEUTSCHE POLIZEI

JANUAR 2015 ZEITSCHRIFT DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI



**Eigensicherung:
Distanz, Distanz
und nochmals Distanz!**

STEUERFIBEL

Das Steuer-Spar-Buch für alle Polizeiangehörigen

Von **M. Brenning, H. R. Brenning** und **D. Stepp**.



Format: DIN A 5 Broschur
Umfang: 260 Seiten
Preis: 10,15 € [D]

Die Steuererklärung – eine lästige Aufgabe, der man aber gerne nachkommt, wenn es sich am Ende „auszahlt“.

Eine unverzichtbare Hilfe ist hier die Steuerfibel für Polizeibeamte. Sie ist speziell auf die Probleme zugeschnitten, mit denen Polizeiangehörige immer wieder konfrontiert werden. Der Leser findet hier neben einer programmierten Anleitung zum Erstellen des Lohnsteuer-Jahresausgleichs und der Einkommensteuer-Erklärung über 500 Tipps und Tricks, Quellenangaben und Fundstellen, Beispiele und Urteile, die sich im wahrsten Sinne des Wortes schnell „bezahlt“ machen.



35. Auflage 2014/2015
Steuerfibel + CD-ROM
Paketpreis: 19,80 € [D]

Steuerbookware für den Polizeibereich

Die Steuerfibel für den Polizeidienst inklusive Steuer-Software auf CD-ROM (Für Windows XP/Vista/7/8)

Wenn Sie schon vorher wissen möchten, was „Vater Staat“ an Sie zurückzahlt – die Steuerbookware ist die richtige Lösung!

DIE AUTOREN

Michael Brenning, Diplom-Betriebswirt (FH), Steuerberater.

Dr. Heribert R. Brenning, M.A., Industriekaufmann, Verwaltungsangestellter, Geisteswissenschaftliches Hochschulstudium.

Dieter Stepp, Beratungsstellenleiter des Lohn- und Einkommensteuer Hilfe-Ring Deutschland e. V. (Steuerring).



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de · www.VDPolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.VDPolizei.de

Fachtagung



Foto: Bundeskriminalamt

„Mit Jörg Ziercke verabschieden wir einen großen BKA-Präsidenten“, würdigte Bundesinnenminister Thomas de Maizière den scheidenden Chef-Ermittler des Bundeskriminalamtes (BKA) auf der traditionellen Herbsttagung des BKA. Er lobte die herausragende Arbeit des schleswig-holsteinischen Polizisten, indem er insbesondere die herausragende Vertrauensstellung von Ziercke hervorhob

Seite 12

Frauengruppe



Foto: Amette Terweide

Von A wie Arbeitsschutz bis Z wie Zwangsprostitution: Die IG-Metall-Bildungsstätte in Berlin-Spandau bot erneut ideale Voraussetzungen für die zentrale Arbeitstagung des GdP-Bundesfrauenverbandes ...

Seite 16

Soziales



Foto: ddp

Das Leben in den Großstädten ist meist erheblich teurer als im ländlichen Raum. Nicht nur die Mieten, auch die Preise für Nahrungsmittel und andere Konsumgüter liegen höher. Das in aktuellen Studien bestätigte Kaufkraftgefälle belebt die Debatte darüber, ob regionale Zulagen notwendig sind

Seite 26

2 FORUM

4 TITEL/EIGENSICHERUNG

Die Gefahr aus dem „Nichts“ – Der Umgang mit „auffälligen“ oder „instabilen“ Personen im polizeilichen Einsatz

10 Der Mythos vom gefährlichen Irren

12 FACHTAGUNG BKA-Herbsttagung – Präsidentenwechsel und Fachaustausch

14 BEAMTE Für einen handlungsfähigen öffentlichen Dienst!

16 FRAUENGRUPPE (BUND) Von A wie Arbeitsschutz bis Z wie Zwangsprostitution

18 BERATUNG Treffen der GdP-Vorsitzenden der Haupt- und Gesamtpersonalräte

18 GESUNDHEIT GdP-Konferenz in Schleswig-Holstein bestätigt: Belastungsgrenze bei der Polizei überschritten

20 GdP INTERN Drei neue Apps

20 FORSCHUNG Bericht: Polizeibeamtinnen und -beamte als Opfer von Gewalt

21 ARBEITSSCHUTZ 5. Arbeitsschutzsymposium im März in Potsdam

21 INTEGRATION „Mich überrascht die Ahnungslosigkeit der Behörden“

26 SOZIALES Vom Eigenheim ins möblierte Zimmer

29 RATGEBER „Mythos und Fluch! Selbstoptimierung“

31 REISE GdP-Reise nach Israel – ein wirklich tolles Erlebnis!

33 VERKEHRSSICHERHEIT Zuerst an Fußgänger und Radfahrer denken

35 SENIOREN ANTIO – Auf Wiedersehen Kreta

38 JUNGE GRUPPE (GdP)

40 BÜCHER/IMPRESSUM



Zu: Führung in der Praxis, DP 8/14; Das neue Polizeiliche Führungsmodell, DP 9/14

Mit großem Interesse habe ich die beiden Artikel gelesen und kann den Autoren des Buches nur gratulieren, denn sie haben den Begriff Führungslehre nicht nur aufgearbeitet, sondern ihn mit Leben gefüllt. Ich selbst habe Führungslehre an der PFA 1973/74 gehört, aber zur damaligen Zeit schien das alles noch in den Kinderschuhen zu stecken. Obwohl sich die wenigen Dozenten nach Kräften bemühten, blieb es schlussendlich jedem selbst überlassen, wie er Führung auslebte.

Führung hat meines Erachtens viele Ausprägungen und neue Begriffe und Varianten zu Tage gefördert. War es bisher das kooperative Führungssystem, ist es heute die interaktive Führungsbeziehung. Dabei kommt die Frage auf, ob es sich nicht nur um eine neue Wortbildung handelt. Früher wie heute wird es immer letztendlich auf den Führenden ankommen, welcher der von zum Beispiel dem Stab vorgegebenen Variante er zustimmt.

Ich will hier gar nicht auf die Unterschiede zwischen Führung und Leitung eingehen, stelle jedoch fest, dass Führung vom Führenden gelebt und von den zu Führenden erlebt werden muss. Der Führende muss meines Erachtens seine Sorge zum Ausdruck bringen, er muss Führungswärme spüren lassen, um Vertrauen aufbauen zu können. Das führt unter anderem zu einem hohen Maße zur Arbeitszufriedenheit, und das wiederum zu Anerkennung der geleisteten Arbeit, zum Beispiel bei den Bürgerinnen und Bürgern.

Nun gibt es bekanntlich sogenannte Führungsvorbilder in der Politik und den Managementtagen. In NRW möchte ich als „Vorbilder“ für Führung Frau Kraft und Herrn Borjans benennen. Beide haben es geschafft, eine ganze Berufsgruppe – die Beamtinnen und Beamten – gegen sich aufzubringen. Ohne die Arbeit dieser Berufsgruppe wären beide ein Nichts! Führung bedeutet für diese Politiker unter anderem Missachtung von verfassungsrechtlichen Grundsätzen. Sie führen nicht, sondern sie herrschen!

Günter Hammermann, Hilden

Zu: Eine riskante Grenzerfahrung, DP 9/14

Endlich wird über das Thema Rammen etwas ausführlicher berichtet. Gleichwohl kann ich dem letzten Absatz nur bedingt zustimmen. Zum einen gibt es für den Einsatz von Nagelbrettern (stop sticks) in den einzelnen Bundesländern unterschiedliche rechtliche Voraussetzungen. Zum anderen ist es oftmals gar nicht möglich, ein weiteres Funkmittel auf der wahrscheinlichen Fahrstrecke des flüchtenden Fahrzeugs zu positionieren, um einen stop stick auszulegen. Ich habe auch schon einmal erfolgreich ein flüchtendes Fahrzeug gerammt. In einer Samstagnacht im Mai, wo in unserer Kreisstadt erfahrungsgemäß mit erhöhtem Fußgänger- und Fahrzeugverkehr aufgrund von Musikveranstaltungen zu rechnen ist, versuchte sich ein „typisches Familienauto“ (PKW Opel Astra Caravan) aus unerfindlichen Gründen der Kontrolle zu entziehen – zunächst aus der Stadt heraus und über Landstraßen wieder zurück. Zwei Versuche, den PKW mit quer gestellten Funkstreifenwagen (FuStW) zu stoppen, misslangen, da der Fahrzeugführer äußerst rücksichtslos auf die FuStW zufuhr.

Bei günstiger Gelegenheit wurde zunächst das linke Fahrzeugheck des Opel mit der vorderen rechten Stoßstange des FuStW seitlich hart angefahren und sofort die Geschwindigkeit verringert. Der PKW kam ins Schlingern und anschließend quer vor dem FuStW zum Stehen. Anschließend wurde gezielt in die Seite des Opel gefahren und er somit kontrolliert in eine Seitenstraße „geschoben“. Leider konnte erst ein gezielter Schuss auf die Lauffläche eines Vorderreifens die Flucht beenden, da der Fahrzeugführer; beim Ansprechen durch meinen Kollegen auf der Fahrer- und Sichern durch mich auf der Beifahrerseite; erst den Pkw erneut zurücksetzte und dann weiter vorwärts fahren wollte.

Letztlich stellte sich heraus, dass der einzige Grund für die Flucht vorangegangener Alkoholkonsum war; Atemalkoholvorwert von knapp 1,6 Promille ...

René Klimek, Haldensleben

Richtigstellung zum Leserbrief vom Kollegen Kellner, (DP 11/14) zum Artikel Unheimliche Allianzen, DP 10/14

Über die Veröffentlichung meines kritischen Leserbriefes auf Seite 2 und 3 (DP 11/14) habe ich mich gefreut, wobei mir aufgefallen ist, dass mir bei diesem sensiblen Thema bei einem Satz ein Fehler entstanden ist. Der zweite Satz meines letzten abgedruckten Absatzes muss natürlich heißen: „Bleibt zu hoffen, dass eines Tages auch Israel die Genfer Konvention einhält – (damit meine ich unter anderem den Siedlungsbau, Annexion und Enteignung der besetzten Gebiete) – und auch den Atomwaffensperrvertrag und die Biowaffenkonvention unterzeichnet.“ Während meiner Umformulierung des Satzes ist leider dieser Fehler entstanden, der hoffentlich nicht zu allzu großen Protesten geführt hat.

Henning Kellner, Essen

Zu: ISIS in Kobane und die doppelmoralische Reaktion der westlichen Welt

Ich bin der Meinung, dass ein Anwachsen der Bereitwilligen, für ISIS/IS – in den heiligen Krieg zu gehen, nur dadurch gestoppt werden kann, wenn durch die westliche Welt ohne Taktieren diese Schlächtergruppe, eine andere Bezeichnung verdient diese Horde nicht, vernichtet wird. Desto länger die westliche Welt zuschaut, desto überzeugter werden die Nachahmer von der Unverletzlichkeit der religiösen Schlächter und von der Richtigkeit des eingeschlagenen Weges sein. Da nutzt letztlich nicht die soziale Komponente, die Deutschland so oft als Ursachenbekämpfung bevorzugt.

Kopfschlachten oder Enthaupten als Ventil für nicht erfahrene soziale Anerkennung in Deutschland – was soll dieser Unsinn. Rückkehrer aufnehmen, sozial bearbeiten? Hallo, die sind Mörder und gehören in den Knast. Oder hat man nach 1945 versucht, für die Nazi-Mörder „Tu es nicht wieder“-Programme zu entwickeln. Nein, und mit Recht.

Wer aber einem Staatsmann, der es mit der freiheitlich demokratischen Grundordnung und der Dreiteilung der Gewalten, gemeint ist Herr Erdo-



gan, so zur Seite steht, dass er eine kurdische Stadt opfert, weil er Assad stürzen will und sich so auch elegant ohne eigenen militärischen Einsatz seiner ungeliebten Kurden entledigen will, der untergräbt die Glaubwürdigkeit deutscher und europäischer Werte, verkauft die Kurden und hält einem Staatsmann den Steigbügel, der es in 100 Jahren nicht verdient hat, mit seiner Politik anerkannt zu werden, geschweige denn in die EU zu kommen.

Armes und verlogenes Deutschland. Dafür musste ich bei der Polizei Jahre an Staatsbürgerkunde erleben und zum Teil auch vermitteln, um diesen Sittenverfall zu erleben.

Alfred Heimbuch, Bochum

Zu: 25. Ordentlicher Bundeskongress: GdP fordert für Polizei mehr Rückhalt in Politik und Gesellschaft ein, DP 12/14

Verstehen kann ich es ja, aber begreifen tu ich es nicht, wie man dem Linken-Chef Riexinger und der angeblichen Grünen-Innenexpertin Mihalic zweimal die Chance bot (Kongress und DEUTSCHE POLIZEI), ihr scheinheiliges Gelaber zur Polizei loszuwerden. Beides Politiker von Parteien, die ständig die Polizei kritisieren und außer Namensschildern, Demo-Beobachtern und Kontrollinstanzen nichts für uns übrig haben.

**Günter Klinger,
Landesseniorenvorsitz Bayern**

Zu: DP-Exklusivinterview und 25. Ordentlicher Bundeskongress, DP 11+12/14

Was ist die DEUTSCHE POLIZEI noch? Diese Frage muss man sich stellen angesichts der letzten zwei Ausgaben 11 und 12/14. Oder muss man gar fragen, was die GdP noch ist? Ich gebe dem Kollegen Papperitz in seinem Leserbrief DP 11/14 vollkommen recht: Die Artikel, insbesondere zum BM Dr. de Maizièrre, hinterlassen bei mir den Eindruck der Hofberichterstattung. Investigativer Journalismus sieht anders aus. Und wie viel die Aussage „PolizistInnen gebühren Respekt und Anerkennung“ wert ist, wird sich schon Anfang des Jahres bei den Tarifverhandlungen zeigen.

Vor nicht allzu langer Zeit wurde den Regierenden auf Versammlungen und Kundgebungen angesichts ihrer (Innen)-Politik die Gelbe Karte gezeigt oder der Rücken zugedreht. Das verbietet sich aber wahrscheinlich auf solchem Kongress, ansonsten kommen die erst gar nicht. Stattdessen lese ich, dass der BM „immer wieder von Beifall unterbrochen wurde“. Warum hat er nicht noch fünf Minuten Standing Ovation bekommen und die Ehrenmitgliedschaft der GdP?

Otto Deutsch, Potsdam

Zu: Lesermeinungen Unheimliche Allianzen, DP 11+12/14

Hiermit möchte ich dem Herrn Häuser danken, dass er mich darauf hinwies, dass ich mich unkorrekt hinsichtlich meiner Einstellung zu den Taten der Hamas äußerte. Ich heiße die Taten der Hamas in keinem Fall gut, ich weiß auch, welche Ziele die Hamas verfolgen, es gibt zum Glück auch andere politische Parteien in Palästina, wenn derzeit auch noch mit wenig Einfluss. Gewalt ist kein Mittel, sich die israelische Seite gefügig machen zu wollen, um begangenes Unrecht, um bestehendes Unrecht auszugleichen. Israel und Palästina müssen einen Konsens finden, um wirklich aufeinander zuzugehen und für die Bevölkerung einen

Frieden zu erwirken, der dauerhaft werden muss. Die gesamte Stabilität der Region hängt davon ab. Dennoch weigere ich mich entschieden, mich mit Faschisten und Antisemitisten in einen Topf werfen zu lassen. Eine Allianz mit diesen Menschen besteht nicht und wird es nicht geben. Ich war/ bin sehr aufgebracht über die Collage als Titelbild und dann diese Unterstellungen des Herrn Professors. Also Danke nochmal.

S. Hawer, Stralsund

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Kontakt zur Redaktion:

**GdP-Bundesvorstand
Redaktion DEUTSCHE POLIZEI
Stromstraße 4
10555 Berlin
Tel.: 030/39 99 21-113
Fax: 030/39 99 21-200
E-Mail:
gdp-pressestelle@gdp.de**

Tarifverhandlungen für die Länder beginnen

Am 16. Februar beginnt die Tarif- und Besoldungsrunde für die Länder mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL). Bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe waren die Diskussionen in der Mitgliedschaft, in den Dienststellen und Verwaltungen noch in vollem Gange. Die Sitzung der Bundestarifkommission (BTK) der Gewerkschaft der Polizei (GdP) fand Mitte Dezember statt, in der die BTK ihre Forderung für die Tarifrunde 2015 aufstellte und die Beschlussfassung der GdP dann in die gemeinsame Forderung der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes im DGB (ver.di, GEW, IG BAU und GdP) sowie dbb und tarifunion am 18. Dezember in Berlin einfluss. **Wir berichten darüber in der Februar-Ausgabe.**

In der Mitglieder Diskussion zeich-

nete sich Mitte Dezember ab, dass es den Beschäftigten vor allen darum geht, neben der Teilhabe am Wirtschaftswachstum den Abstand zu den Entgelttabellen von Bund und Kommunen zu verringern, der ab März 2015 bei über drei Prozent liegen wird. Mobilisierungsfähig bei den Beschäftigten wäre, wenn die Arbeitgeberseite versuchen würde, Verschlechterungen bei der Zusatzversorgung durchsetzen zu wollen. Sicherer Bestandteil der Forderung wird die Übernahme des Tarifergebnisses auf die Beamtinnen, Beamten und Versorgungsempfängerinnen und -empfänger sein.

Die weiteren Verhandlungstermine stehen bereits fest: 26./27. Februar und 16./17. März, jeweils in Potsdam. **kör.**



EIGENSICHERUNG

Die Gefahr aus dem „Nichts“

Der Umgang mit „auffälligen“
oder „instabilen“ Personen im
polizeilichen Einsatz

Von Steffen Meltzer

Ist das nicht irre? In seinem Bestseller „Wir behandeln die Fal-schen. Unser Problem sind die Normalen“, schreibt der Psychi-ater und Theologe Dr. Dr. Manfred Lütz¹: „Wenn spektakuläre Straftaten psychisch Kranker passieren, werde ich manchmal von Fernsehsendern interviewt. Nach angemessener Würdigung des Einzelfalles weise ich dann stets darauf hin, dass, statis-tisch gesehen, psychisch Kranke weniger Straftaten verüben als Normale. Mein Fazit: Hüten Sie sich vor Normalen! Damit das Leben der Normalen nicht ganz so langweilig ist, begehen diese Mord und Totschlag, überfallen andere Leute, führen Kriege und tun andere schlimme Dinge.“

Trotzdem werden faktisch immer mehr psychische Krankheiten in den Gesundheitsbibeln erfasst, die zunehmende Tendenz psy-chischer Krankheiten und Persönlichkeitsstörungen ist unüber-sehbar und die Folgen für die Polizei sind schon längst sichtbar. Videoaufnahmen über mehr oder minder gelungene polizeiliche Einsätze, wo sich Kolleginnen und Kollegen psychisch Kranken gegenübersehen, finden auf YouTube ein großes Publikum, teil-weise auch sehr kritische Reaktionen.

Neben dem Fakt, dass Polizeibeamte angegriffen, verletzt oder getötet worden sind, (396 getötete Polizisten seit 1945 in Deutschland) gibt es auch das zunehmende Phänomen, dass psychisch erkrankte Personen durch Schusswaffeneinsatz verletzt oder gar getötet wurden. Nachdem Ein-sätze untersucht wurden, stellte sich heraus, dass von diesen Menschen zwar eine unmittelbare Gefahr für Leib und Leben ausging, sie sich jedoch in einem psychischen Ausnahmezustand befanden.

Was versteht man unter einer „psychischen Erkrankung“?

Hierzu zählen entsprechende Diagnose-Klassifikationssysteme (ICD-10 WHO oder DSM-IV), beispielsweise hirnorganische Schä-digungen, Psychosen, Depressionen, Schizophrenie, Substanzmiss-brauch durch Drogen, Medikamente und Alkohol oder Persönlich-keitsstörungen, so einer antisozialen Persönlichkeit, Borderline oder Angststörung. Ob es sich „nur“ um eine Störung oder Erkrankung handelt, ist für den Polizeibeamten auch nicht wichtig, entscheidend ist für ihn vielmehr, Verhaltensweisen zu erkennen und darauf lageange-

Foto: Bernd Wüstneck/tpa



passt zu reagieren. Statistisch gesehen sind psychisch erkrankte Personen tatsächlich nicht gefährlicher als der Durchschnitt der Bevölkerung. Aber jeder kennt den Spruch: „Im statistischen Mittel war der Teich nur 1,10 Meter tief, trotzdem ist die Kuh darin ertrunken“. Denn es gibt Personen mit Störungen und Erkrankungen, von denen tatsächlich deutlich mehr Gefahren ausgehen. Dabei ist die häufigste unnatürliche Todesursache der Suizid; 90 Prozent dieser Menschen gelten als psychisch krank.² Andere Personen fallen nie als Gewalttäter auf, sie schädigen sich selbst, vereinsamen, verwahrlosen, verletzen sich oder erkranken aufgrund ihrer Lebensweise daran und sterben. Wenn die Polizei gerufen wird, ist die Lage schon im Vorfeld nicht selten bereits erheblich eskaliert. Alzheimer- und Demenzerkrankte sind eher anspruchsvolle Patienten für Pflegeeinrichtungen.

Aber diese Zahl gehört auch dazu: Nach einer schwedisch-amerikanischen Studie waren in Schweden in einem Untersuchungszeitraum von acht Jahren fast ein Viertel (141 von 615 ermordeten Menschen) psychisch krank. Die Wissenschaftler Crump und Sundquist beispielsweise konstatieren für die Getöteten ein vermindertes Gefahrenbewusstsein aufgrund ihrer krankheitsbedingten kognitiven Einschränkungen (Finzen, 2013).

Mit welchen psychischen Erkrankungen und Störungen muss ein Polizist im polizeilichen Einsatz rechnen?

Aus meiner Sicht ist es vor Ort nicht notwendig, zur Gefahrenabwehr korrekte „Diagnosen“ aufzustellen. Trotzdem erscheint ein diesbezügliches Basiswissen sehr nutzbringend zu sein. Schon Lorei & Sohnmann führen im „Grundwissen Eigensicherung“³ drei Gruppen mit erhöhter Gewaltdelinquenz auf: Schizophrenie, Psychopathie und Substanzmittelmissbrauch (Drogen, Alkohol, Medikamente). Außerdem verweisen diese auf Personen mit manisch-depressiven Psychosen und affektiven Störungen, die sich in Aggressionen entladen können. Ist diese Erkrankung mit einer Alkohol- oder anderen Drogenabhängigkeit verbunden, steigt die Wahrscheinlichkeit für eine gewaltkriminelle Handlung um ein Vielfaches (Nedopil

2004). Beide Autoren führen zahlreiche Untersuchungen an, aus denen hervorgeht, dass Personen, die den drei vorgenannten Gruppen zugeordnet werden, einem deutlich erhöhten Risiko unterliegen, in der Anzahl sowie Intensität von Gewalttaten deutlich hervortreten.

Nach einer finnischen Studie ist die Wahrscheinlichkeit, als Schizophrener für ein Tötungsdelikt verurteilt zu werden, achtmal höher, nach einer australischen Untersuchung zehnmal höher als der Durchschnitt der dortigen Bevölkerung. Nach amerikanischen Studien betrug der dortige Anteil an gewalttätigen Verhaltensweisen bei Schizophrenen 8 Prozent, kam ein Drogenmissbrauch hinzu, 30 Prozent gegenüber 2 Prozent zur übrigen Bevölkerung. Überhaupt ist zu sagen, dass vom Substanzmissbrauch die höchste Anzahl solcherart Delikte ausgeht.

In Deutschland wird jede vierte Gewalttat unter Alkoholeinfluss begangen. Der höchste Gefährdungsgrad geht jedoch von antisozialen Personen und deren Steigerungsform der Psychopathie aus. Währenddessen von Alkoholabhängigen ein elffach höheres Risiko ausgeht, geht von Personen mit einer dissozialen Störung ein zwölf-faches Risiko aus, als Mörder oder Totschläger verurteilt zu werden. In den Handbüchern fanden sich bisher keine Definitionen hierzu.

Durch den Test des kanadischen Kriminalpsychologen Prof. Robert Hare (Psychopathie Checklist) besteht jetzt mehr Klarheit in dieser Frage. „Der auffälligste – aber keineswegs einzige – Ausdruck von Psychopathie besteht in abscheulichen und kriminellen Verletzungen der gesellschaftlichen Regeln. Es ist nicht überraschend, dass viele Psychopathen Verbrecher sind. Vielen von ihnen gelingt es allerdings, dem Gefängnis zu entgehen. Mit Charme und chamäleonartiger Anpassungsfähigkeit schlagen sie eine breite Schneise der Verwüstung durch die Gesellschaft und lassen zerstörte Leben hinter sich.“⁴ In Deutschland wird deren Zahl auf eine Million taxiert, andere vermuten „nur“ 500.000. „Die Chance, dass Sie in Ihrem Leben schon einmal mit einem Psychopathen zu tun hatten, liegt bei genau 100 Prozent“, sagt der Tübinger Hirnforscher Niels Birbaumer. Ein Beispiel war der zeitweilige Liebling der feinen Wiener Gesellschaft, der Knastpoet und

Zur Person:



Foto: privat

Steffen Meltzer ist Polizeibeamter des Landes Brandenburg. In seiner über 30-jährigen Polizeierfahrung kann er auf eine 15-jährige Tätigkeit in der Erwachsenenfortbildung als Trainer – Integrierte Fortbildung/ Einsatztrainer – verweisen. Er betreibt daneben eine eigene Homepage (www.steffen-meltzer.de) zu polizeirelevanten Themen und veröffentlicht im Februar ein Buch: „Ratgeber Gefahrenabwehr“ – „Wie Sie Gewalt- und Alltagskriminalität in der Gesellschaft begegnen“

Mehrfachmörder Jack Unterweger, der keinen einzigen seiner Prostituierten-Morde jemals zugegeben hat und sich lieber selbst das Leben nahm, um der Niederlage einer erneuten Verurteilung zu entgehen.

Psychopathen haben weder Gewissensbisse noch Reuegefühle bei ihren Taten, auch nicht danach. Der Anteil bei Gefängnisinsassen wird auf 30 Prozent geschätzt. Einen anderen Forschungsweg bezüglich Psychopathen ging Dr. Kevin Dutton, University of Oxford⁵. Er befragte über einen Internettest etwa zwei Millionen Freiwillige und wertete die Ergebnisse aus. Dabei belegten Firmenchefs den ersten Platz, danach kamen Rechtsanwälte, Radio- und Fernsehjournalisten, Chirurgen und Geistliche. Es gibt also durchaus Karrieren, die andererseits für Menschen mit solchen Persönlichkeitsstörungen förderlich sind. Das bedeutet natürlich ebenso wenig, dass es sich bei den Genannten vorwiegend um solche Menschen handelt.

Fazit: Ein konkretes Diagnosewissen und das exakte Zuordnen zu Erkrankungen und Persönlichkeitsstörungen sind nicht erforderlich.



Außerdem gehen die vermeintlichen Abgrenzungen fließend ineinander über. Das betrifft auch „eigenartige“ Verhaltensweisen, die Menschen entwickeln, ohne deshalb erkrankt oder gestört zu sein.

Selbst Psychologen und Psychiater gelingt es nicht immer, unstrittige psychologische Gutachten über Menschen zu erstellen. Dass wissen wir nicht erst seit dem Fall Gustl Mollath. Das Institut für Psychologie der Fern-Universität Hagen wertete 116 Gutachten im Oberlandesgerichtsbezirk Hagen durch Prof. Dr. Christel Salewski und Prof. Dr. Stefan Stürmer aus. Die Ergebnisse wären alarmierend: Etwa ein Drittel bis zur Hälfte der Gutachten waren fehlerhaft. Währenddessen haben eintreffende Polizeibeamte vor Ort mitunter nur wenige Minuten oder Sekunden Zeit, die „richtige“ Einsatzentscheidung zur Gefahrenabwehr zu treffen. Wichtiger ist deshalb: Auffällige Verhaltensweisen registrieren, beachten und darauf eingehen.

Wenn eine Person mit der Faust droht, eine drohende Mimik aufsetzt, beleidigend ist, und offene Drohungen ausspricht, dann sind das verbale und nonverbale Signale, die man gut lesen kann. Psychopathen stellen oft Fallen, indem sie sich vermeintlich kooperativ und freundlich geben. Das kann jedoch aus dem „Nichts“ ins Gegenteil umschlagen, denn es gibt Anzeichen, die auf eine Gewalttat hindeuten, beispielsweise mit der Hand an eine verdeckte Stelle des Körpers greifen (Waffe versteckt), Blässe im Gesicht (System hochaktiv, Morris 1978) und näher kommend signalisieren, dass der Angriff bevorsteht. Deshalb ist es wichtig, sich keinesfalls zu früh auf eine bestimmte Gefahrenprognose festzulegen und die Führung in der Situation durch ein offensives Agieren zu behalten, um selbst keine Angriffspunkte zu bieten. Nicht nur bei psychisch Gestörten kann man mit Entwicklungen rechnen, die nicht dem „üblichen Muster“ entsprechen. Nach einer FBI-Studie meinten 59 Prozent der Täter, die einen Polizisten getötet hatten, dass diese völlig überrascht waren. Ebenfalls zwei Drittel der Polizeibeamten, die diese Situation verletzt überstanden hatten, sagten aus, dass es keine Anzeichen für eine diesbezügliche Gewalttat gegeben hätte und sahen sich völlig überrascht



Polizisten der Leipziger Polizei legen zur Eigensicherung Schutzwesten an.

Foto: Benjamin Weinkauf/ddp

in einem Kampf auf Leben und Tod wieder⁶.

Personen, die unter Arzneimittel oder Drogeneinfluss stehen, haben ein vermindertes Risikobewusstsein, Grandiositätsfantasien, ein übersteigertes Selbstwertgefühl mit einem euphorisierenden Zustand und fühlen sich unverletzbar. Ein erhöhter Rededrang, optische und akustische Halluzinationen und Verfolgungswahn sind wahrscheinlich. Schizophrenie zeichnet sich durch Denk- und Wahrnehmungsstörungen aus, beispielsweise Stimmen hören, starrer Blick, verzerrte Eingebung von Bildern und Personen, Telepathie, Angst

vor Strahlung oder Bedrohungen und Besessenheit. Diese Menschen sind oftmals der Ansicht, dass ihre Umwelt erkrankt ist, was eine Verständigung extrem erschwert, es sei denn, man erkennt die Erkrankung. Es kann dabei zu erheblichen Missverständnissen mit Gefahrenpotenzial kommen, wenn man deren Reaktion missdeutet. Eher harmlos sind Personen, die zur Polizeiwache kommen, um ihren Kugelschreiber „entstrahlen“ zu lassen. Der erfahrene Beamte hält dann den Gegenstand über die Kiste der Lade- und Entladeecke und gibt diesen „entstrahlt“ zur großen Zufriedenheit zurück. Anders in diesem Fall: Mit einem Küchenmesser bewaffnet betritt



ein als schizophran bekannter Rentner eine Polizeiinspektion und kann auch durch drei Beamte mittels Einsatz von Pfefferspray nicht gestoppt werden, als er auf diese zuing. Erst nach dem sechsten Schuss in Arme und Beine sowie Oberkörper und Kopf ist er aufgehalten worden. Der Bayerische Rundfunk berichtet im Oktober 2013, dass das Verfahren gegen die Polizisten eingestellt wurde.

Nicht zu unterschätzen ist die Gefahr, einen Suicide by cop (Suizid durch Polizisten) unbeabsichtigt herbeizuführen. So hatte ein Mann in Stuttgart mit einer Schreckschusswaffe mehrfach auf Polizeibeamte geschossen. Er war gleichzeitig auf diese zugegangen und hatte dabei alle Anforderungen ignoriert, die Waffe fallen zu lassen sowie stehen zu bleiben. Bei den Ermittlungen entdeckte man einen Abschiedsbrief. Ein anderes Beispiel: Ein Polizeibeamter aus Hessen, dem die Situation vor Ort irgendwie „merkwürdig“ vorkam, gewann dadurch Zeit, dass er gegenüber dem Täter folgendermaßen agierte: „Lassen Sie die Waffe fallen!“ Nachdem dieser nicht reagierte: „Wollen Sie sich das Leben nehmen?“ Als der Angesprochene daraufhin noch immer mit der Waffe in

mal auf, als sie bereits angeschossen waren.

Schreckhaftigkeit, Reizbarkeit und Wutausbrüche

Und ein weiteres Phänomen wird immer mehr bekannt: Personen, die unter einer posttraumatischen Belastungsstörung (Post-Traumatic-Stress-Disorder, PTSD) leiden. Nicht jeder entwickelt dieses seelische Verletzungsbild nach belastenden Situationen, da angenommen wird, dass im westeuropäischen und US-amerikanischen Kulturkreis etwa 60 Prozent aller Menschen in ihrer Biografie mindestens ein Trauma erleben. Personen, die im Alltag ausgesprochen höflich sind, können „ohne Anlass“ plötzlich beispielsweise übermäßige Schreckhaftigkeit, Reizbarkeit und Wutausbrüche entwickeln. Es kann Reaktionen geben, die bisher überhaupt nicht zum Persönlichkeitsbild dieser Person gepasst haben. Ihr Gedächtnis macht bei Schlüsselreizen (Triggern) auch ein eher „problemloses“ Ereignis „passend“ und gleicht dieses mit dem real erlebten (traumatischen) Erlebnis ab. So bleibt das Unterbewusstsein quasi im Überlebenskampfmodus ste-

wessen sie im Moment gerade habhaft werden. Die eintreffende Polizei erleben solche Menschen oftmals als zusätzliche Bedrohung. Halluzinationen, der Verfolgungswahn und andere Störungen verhindern, dass sie in panikartiger Angst ihre Waffe fallenlassen. Der Umstand, einen Gegenstand in einer Hochstresslage nicht fallenzulassen (Messer!), ist auch für Gesunde leicht nachvollziehbar. Erst im Nachhinein wird bemerkt, wie man sich unbewusst und intuitiv an etwas festgehalten hat, weil die Muskulatur stark verkrampft war. Psychisch erregte Personen sind oft schmerzempfindlich. Ich kenne es aus eigener Erfahrung, wie schwer es ist, zu zweit eine „außer Rand und Band“ geratene Frau mit geschätzten 48 Kilogramm von den Straßenbahnschienen zu ziehen, die meinte, sich dort unbedingt aufhalten zu müssen. Selbst einer herbeigerufenen Notärztin gelang es nicht, die Person zu beruhigen. Erst nach großem Aufwand gelang es uns gemeinsam, die Frau vor einer Eigen- und Fremdgefährdung zu sichern. Zusätzlich erinnert sei an die Möglichkeit eines lagebedingten Erstickungstodes (Positional Asphyxia Syndrom) beim Fixieren, wenn die Person sich weiterhin erheblich wehrt. Das Missverständnis besteht dann darin, richtig zu unterscheiden, ob es sich um einen „Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte“ oder einen Überlebenskampf handelt. Das kann selbstverständlich auch auf gesunde Menschen zutreffen.

„ Wer fragt, der führt auch im Einsatz! “

dessen Richtung gestikuliert, ging der Beamte weiter in die Offensive: „Mit wem wollen Sie sprechen?“ In der Folge lies der Mann seine Waffe fallen, die sich später als Spielzeugwaffe herausstellte. Auch dieses Beispiel zeigt, dass kurz formulierte und offensive Fragen sehr gut geeignet sein können, von der Gefährdung wegzuführen. Wer fragt, der führt auch im Einsatz!

Der Anteil von substanzabhängigen oder anderweitig psychisch erkrankten Personen ist bei dieser Form des Suizids – nach amerikanischen und kanadischen Studien – besonders hoch. Demnach sind die Taten unter anderen entweder geplant oder ergeben sich dadurch, dass sich die Täter durch die Polizei gestört fühlten, durch einen spontanen Entschluss (Lorei & Sohnmann). Demnach haben diese Personen ihre Tat mitunter angekündigt, die Polizei hierzu aufgefordert, sie zu erschießen oder Fristen gesetzt und wild mit der Waffe herumgefuchelt. Auch wurde die Polizei beschossen und sie gaben selbst noch nicht ein-

cken.

Soldaten, Polizisten, Flüchtlinge kann es ebenso treffen wie Menschen nach Überfällen oder Verkehrsunfällen. Auch kann es passieren, dass ein Mensch bei einer belanglosen Berührung eines hinter ihm stehenden Kunden an der Kasse eines Supermarktes die Beherrschung völlig verliert und gegen diesen plötzlich sogar gewalttätig wird. Die eintreffende Polizei ist dann gut beraten, diese hochgradig erregte Person aus dem Raum heraus zu führen und dieser Gelegenheit zu geben, seine „Hysterie“, selbstverständlich unter Eigensicherungsgesichtspunkten (Distanz!) abzureagieren. Danach sind diese Menschen meistens wieder rational ansprechbar.

Psychisch auffällige Menschen leiden oft unter einer Realitätsverschiebung und psychotischer Angst. Deshalb meinen sie, sich bewaffnen zu müssen, um wehrhaft zu sein und die Situation in ihrem Sinne zu entscheiden. Sie greifen vorrangig zu Messern, aber auch Äxten, Schusswaffen oder

Besonderheiten bei polizeilichen Lagern

Die Selbstkontrollmechanismen bei psychisch Erkrankten sind schnell überfordert, wenn neben dem schon bestehenden Stress wie die Enge des Raumes, eine vorangegangene Auseinandersetzung mit dem Nachbarn oder „unbekannte Bedrohungsstände“ ins Spiel kommen. Die heranrückende Polizei wird dann als zusätzliche Gefahr identifiziert. Diese Reizüberflutung kann dieser nicht mehr rational beherrschen. Damit die Situation nicht aus dem Ruder läuft, müssen die eintreffenden Beamten äußerst besonnen vorgehen. Die wichtigste Regel zur Eigensicherung lautet deshalb: Distanz, Distanz und nochmals Distanz! Auch weil sich die labilen Personen in ihrer Angst eher bedrängt fühlen als Gesunde und deshalb unvermittelt auch mit





Mit einer Hand an der Dienstwaffe während einer Verkehrskontrolle. Im Rahmen der Eigensicherung werden Polizisten zukünftig auch bei scheinbar harmlosen Kontrollen die Hand an der Waffe halten, um bei eventuellen Notsituationen schneller reagieren zu können.

Foto: Jens Büttner/dpa

einer Waffe angreifen können.

Hilfreich kann es sein, die Person in einen anderen Raum zu führen, Publikum auszuschließen und eintreffende Verstärkung bedeckt im Hintergrund zu halten (außer dem Fall einer Eskalation, die auch bei Beachtung aller Vorsichtsmaßnahmen geschehen kann). Das Gegenüber ist ruhig, besonnen, klar und eindeutig anzusprechen, alle Maßnahmen sind zu erklären. Manchmal suchen sich solche Menschen einen bestimmten Polizeibeamten selbst aus, dieser sollte dann auch die gesamte Verhandlung führen. Es gilt: Bei Entgegnungen genau und unvoreingenommen zuhören und einschätzen, ob die Reaktionen real oder unreal sind. Lorei bemerkt hierzu, dass auch ein akut psychotischer Mensch versteht, ob ein Beamter verstehen oder nur vollziehen will.

Eine gute Möglichkeit besteht darin, über Fragetechniken offen zu agieren und die Person selbst dazu zu animieren, ihr Verhalten in eine gewünschte Richtung zu lenken. Das erfordert nicht nur die theoretische Beherrschung von Fragen, sondern auch ein ständiges praktisches Training, am besten unter Hochstresslagen. Die auffällige Person soll ein Gefühl entwickeln können, ernst genommen zu werden und Hilfe zu erhalten, gerade in ihrer emotionalen Not. Sei trotz allem darauf gefasst, dass sich die

Lage dramatisch zuspitzen kann, um nicht selbst überrascht und handlungsunfähig zu sein. Angriffe deuten sich auch bei gestörten Personen durch Gestik und Mimik an und kommen nicht aus dem „Nichts“. Deshalb ist das unvoreingenommene Lesen solcher Signale sehr wichtig. Wenn keine unmittelbare Gefahr für Leib und Leben feststellbar ist, besteht auch die Möglichkeit, über die Leitstelle

das Mitglied einer Verhandlungsgruppe, einen erfahrenen Notarzt oder Psychologen heranzuführen. Dann reicht es vorerst aus, den Ereignisort abzusichern.

Wann wirkt Pfefferspray?

Noch ein Wort zum Einsatz von Pfefferspray: Beamte wissen, dass dieses mitunter wirkungslos bleibt beziehungsweise deren Wirksamkeit erst nach Minuten eintritt. Somit kann ein Täter auch danach noch lange auf einen Polizisten mit dem Messer einstechen, insofern er die Gelegenheit hierzu findet. Versuche an gesunden, freiwilligen Probanden haben diese Tatsache bestätigt. Ist man darauf gedanklich nicht vorbereitet und trainiert, bleibt in einer eigenen existentiellen Notsituation keine weitere Handlungsalternative als der Einsatz der Schusswaffe. Der österreichische Polizeitrainer Martin Hollunder-Hollunder untersuchte in einer wissenschaftlichen Arbeit den polizeilichen Einsatz dieses Wirkstoffes gegen 352 gesunde und 47 psychisch kranke Personen. Der gewünschte Erfolg stellte sich daraufhin bei 52,3 Prozent der Gesunden und 66 Prozent der Kranken heraus. Keine Wirkung zeigte sich bei 8,5 Prozent der Kranken und 10,2 Prozent der Nichterkrankten. Demgegenüber stellt er die Tatsache, dass das

Pfefferspray gegenüber Menschen in Psychosen schlechter gewirkt haben soll und die Kollegen deshalb länger auf den Sprühkopf gedrückt hätten.

Das Einsatztraining

Unübersichtliche Lagen für Polizisten entstehen auch durch dysfunktionalen Stress. Dieser ist durch eine Informationsüberlastung oder einen Informationsentzug und einem damit einhergehenden Bedrohungsprofil oder Zustand der Ungewissheit (J. Ungerer, 1999, D. Ungerer, 1999, 2001) gekennzeichnet. Dem ist man aber nicht ausgeliefert. Das regelmäßige Training von Mehrfachaufgaben zur Erhöhung der Stressstabilität, in Verbindung mit einem verhaltensorientierten Einsatzlagen, gerade für den Umgang mit psychisch erkrankten Personen, ist unabdingbar. Freie Ressourcen zur Lagebewältigung lassen sich durch das Training systematisch erhöhen, um in möglichen Extremsituationen psychische Störungen zu erkennen sowie eine differenzierte Gefahrenprognose für eine Deeskalation zu entwickeln. Hierzu zählt beispielsweise die Einsatzfahrt zum Ereignisort bereits als Risikospitze, eine ständige Informationsgewinnung und Kommunikation mit der Leitstelle und Verstärkungskräften, dem Teampartner, der Ausbau der Merkfähigkeit von erhaltenen Funksprüchen. Außerdem die erste Kontaktaufnahme durch peripheres Sehen, unvoreingenommenem Hören, die Kommunikationssicherheit in der Interaktion mit diesen Personen, auch unter anderen sozialen und kulturellen Hintergrund, die Handlungssicherheit bei den Einsatzmitteln oder deren taktischen Einsatzwechsel mit wechselnden Sachverhalten. Als besonders nutzbringend haben sich Trainingseinheiten erwiesen, die schärfere Lagen als die vermeintliche Realität schaffen.

Unablässig für das polizeiliche Training ist der systematische Aufbau einer Schießschwelle. Ein gut trainierter Beamter besitzt im Umgang mit Einsatzlagen zu gestörten Personen, mit einer (auch) gedrillten Waffenhandhabung im verhaltensorientierten Training, deutlich bessere Chancen, die Schusswaffe nicht anzuwenden. Denn die Schießschwelle hängt, neben den eigenen neuronalen Prozessen, auch von der Gefahrenbewertung ab. Die Schießschwelle wird so systematisch nach oben verlagert



und bleibt auch bei einem hohen Stressprofil kontrollierbar (D. & J. Ungerer). Trotzdem kann auch der sehr gut trainierte Beamte vor der Situation stehen, die Schusswaffe anwenden zu müssen, denn auch nicht jedem Psychologen gelingt immer eine 100-prozentige Deeskalation bei auffälligen Menschen. Dem unabkömmlichen Training stehen aber auch mitunter mangelnde Zeit durch die notwendige Absicherung des Dienstregimes entgegen, gerade in manchen Landespolizeien, wo Stellen systematisch abgebaut und eingespart werden. Für ein ausreichendes Training muss demzufolge genügend Personal vorhanden sein! Der Dienstherr ist verpflichtet, entsprechend seiner Obhuts- und Fürsorgepflicht Fortbildungszeit zur Verfügung zu stellen.

Für Polizisten ist es Alltag, mit psychisch gestörten Personen zu agieren. Hierfür besitzen sie ein gutes Rüstzeug sowie eine gute Ausbildung. Wichtig scheint zu sein, diese gute Basis durch eine ständige Fortbildung zu verfestigen und zu vertiefen. Denn der Anteil an diesbezüglich Erkrankten beziehungsweise Gestörten wird vermutlich zunehmen und damit auch die Aufgaben für die Polizei. Die übergroße Mehrzahl dieser Einsätze geht hochprofessionalisiert, ohne große Öffentlichkeit, vonstatten. Wenn dabei Menschen zu Schaden kommen, dann ist ein Medienecho geradezu unvermeidlich und in einer demokratischen Gesellschaft auch normal.

In diesem Artikel ist die Problematik selbstverständlich keinesfalls allumfassend darzustellen, vielmehr soll dieser als Diskussionsbeitrag für ein Thema verstanden werden, dass zunehmend in den öffentlichen Focus gerückt ist.

Zusammenfassung und Trainingsempfehlungen

- Einsatzmittel „Wort“: Anfangs sollte immer das Prinzip der angemessenen(!) Deeskalation und der klaren, sachbezogenen, freundlichen Ansprache Vorrang haben. Denn diese Menschen befinden sich zu meist in einer auch inneren Not, im Zustand der Übererregung, und fühlen sich schnell bedroht. Deshalb sollte jede weitere Erregung vermieden werden, die man leicht selbst ungewollt verursacht.
- Statt jedoch eines differenzierten Di-

agnosewissens braucht es vielmehr eine differenzierte Wahrnehmung und Gefahrenprognose. Besorge so viele Informationen über das Vorleben der Person wie möglich. Ob schon einmal gewalttätig, Erkrankungen, Suizidversuche, Lebenssituation vorliegen – falls die Zeit dazu bleibt.

- Fordere Verstärkung an, wenn möglich, und achte unbedingt auf eine räumliche Distanz. Psychisch Gestörte können sich schnell bedrängt fühlen und dadurch angreifen. Jeder von uns kennt selbst das unangenehme Gefühl, wenn fremde Personen in die persönliche Distanz

rational? Biete Hilfe an, setze aber auch Grenzen. Auf keinen Fall eigene emotionale Reaktionen zeigen.

- Wenn es möglich ist, beziehe die Person mit eigenen Gedanken und Vorschlägen in die Problemlösung ein. Manche psychisch Kranke sind „Fachmann in eigener Sache“. So hast du eher eine Chance, akzeptiert zu werden und somit dein Ziel leichter zu erreichen.
- Wann immer es geht, sichere die Person räumlich und versuche über deine Leitstelle Spezialkräfte, beispielsweise Mitglieder einer Verhandlungsgruppe heranzuziehen. Auch ein spezialisierter Arzt oder



Training mit dem sogenannten Einsatzmehrzweckstock. Der Stock ist Teil einer Technik, die die Einsatzbereitschaft der Polizei und die Sicherheit der Beamten erhöhen soll.

Foto: Jens Schlueter/ddp

ungebeten eindringen. Vorsicht erst recht bei verhaltensauffälligen Personen.

- Sprich klar und sachlich, wenn möglich in kurzen Sätzen, dein Anliegen an. Vermeide zu große Freundlichkeit (kann als Unsicherheit gewertet werden), ebenso wie ein zu übertrieben dominantes Auftreten, was schnell provozierend wirken kann. Vermeide jede Erregung in der Kommunikation, rede gegebenenfalls langsam. Behalte aber den Gesprächsfaden offensiv und eindeutig in der Hand.
- Achte darauf, wie dessen Wahrnehmungsprozesse ablaufen. Sind sie langsam, verzerrt, panisch oder doch

Psychologe ist gut geeignet. Das geht selbstverständlich nur, wenn keine unmittelbare Gefahr für Leben und Gesundheit besteht.

- Die Unterbringung im Polizeigewahrsam ist ungeeignet. Ein Arzt muss prüfen, ob eine freiheitsbeschränkende oder -entziehende Maßnahme in einer psychiatrischen Klinik nach dem Unterbringungsgesetz (PsychKG) vollzogen werden kann. Bei dem Nachweis einer psychiatrischen Erkrankung in Verbindung mit Eigen- oder Fremdgefährdung ist das möglich.
- Bei Psychopathen musst du immer mit Lüge, Raffinesse und Überraschungen rechnen, sei auf der Hut.



Der Mythos vom gefährlichen Irren

Ein Ausbildungsdefizit mit fatalen Folgen

Von Otto Diederichs

Irgendetwas läuft schief in unserer modernen Gesellschaft. Laut dem DAK-Gesundheitsreport 2013 sind psychische Erkrankungen im vorletzten Jahr erstmals auf Platz zwei der Krankschreibungen gerückt. Das häufigste Leiden sind demzufolge Depressionen, vor allem Frauen sind hiervon betroffen. Der Gesundheitsreport 2013 der BARMER GEK bestätigt den Trend (hier speziell für Männer).

Das Problem ist, du weißt vorerst nicht, dass vor dir so ein „Exemplar“ steht. Aber die Wahrscheinlichkeit, dass du diesem Menschen schon einmal gegenüber gestanden hast, liegt bei ziemlich genau 100 Prozent.

- Beschäftige dich ab und an damit, dass dich Personen „aus dem Nichts“ unerwartet angreifen können und lege dir einfache aber effektiv zu handhabende Handlungsmuster zu recht, die du auch in Hochstresslagen abrufen kannst. Trainiere diese Handlungsalternativen individuell als auch beim Einsatztraining mental und körperlich. Dadurch verarbeitest du auch das Erlebte in der Einsatznachbereitung besser.
- Entwickle einen Gefahrenradar für die Situation, übe eine entspannte Aufmerksamkeit. Statt einer verfrühten kognitiven Festlegung durch Routine, Schubladendenken und „Menschenkenntnis“ ist es besser, die Situation unvoreingenommen zu beobachten und mehrere Lösungen in der Hinterhand zu haben. Nur dann ist man gegen böse Überraschungen gefeit. Kennst du die Gefahrenstufen in ihrer Entwicklung und die jeweiligen Möglichkeiten der Deeskalation durch Vermeidung einer defensiven Kommunikation?
- Hast du auch persönliches Interesse an Eigensicherung und gehst regelmäßig zu den Trainingsstunden? Bist du handhabungssicher und ein passabler Schütze an der Waffe? Dann steigen deine Chancen rapide, die Schusswaffe nie einsetzen zu müssen.

Fußnoten:

- 1 Gütersloher Verlagshaus 2009
- 2 Handbuch Psychotherapie, Herausgeber: Jan-Henrik Günter, TherMedius®-Institut, Stand: 23.10.2013
- 3 Verlag für Polizeiwissenschaft, Frankfurt/Main 2012
- 4 Robert D. Hare: GEWISSENLOS, Die Psychopathen unter uns, Springer-Verlag, Wien - New York 2005.
- 5 Kevin Dutton: Psychopathen: Was man von Heiligen, Anwälten und Serienmördern lernen kann, Deutscher Taschenbuch Verlag
- 6 Füllgrabe, Psychologie der Eigensicherung, Überleben ist kein Zufall, 3. Auflage, Richard-Boorberg-Verlag 2011, Verlag GmbH & Co. KG, München 2013

Das kann es natürlich nicht ausbleiben, dass diese Entwicklung Auswirkungen auf die Arbeit der Polizei – insbesondere der Streifenbeamten und -beamtinnen – hat. Immerhin sind sie es, die im Regelfall als erste vor Ort sind. Nicht immer ist eine psychische Störung sofort zu erkennen und wenn die Polizistinnen und Polizisten dann auch noch mit Waffen oder waffenähnlichen Gegenständen bedroht oder angegriffen werden, gelten ohnehin andere Regeln.

Im Ergebnis waren so 2013 bundesweit fünf der acht von Polizisten getöteten Menschen psychisch gestört oder befanden sich in einem mentalen Ausnahmezustand, wie starke Trunkenheit oder Drogenrausch. Laut der Schusswaffengebrauchsstatistik der Innenministerkonferenz (IMK) kam es in jenem Jahr zu 38 Fällen von polizeilichem Schusswaffengebrauch, bei denen zudem 20 Personen verletzt wurden. Damit liegen die Zahlen in etwa auf der gleichen Ebene wie in den Vorjahren (2012: 35-8-19; 2011: 31-6-15; 2010: 26-7-17).

Neuer erschreckender Trend

Das ist zunächst eine erfreuliche Entwicklung und zweifellos ein Ergebnis einer veränderten Schießausbildung. Als der in Berlin erscheinende Informationsdienst Bürgerrechte & Polizei/CILIP vor rund 40 Jahren mit der Auswertung der IMK-Statistiken begann, sah die Situation noch ganz anders aus (1976: 141-8-73; 1977: 160-17-80; 1978: 111-7-65). Dennoch macht sich seit einigen Jahren ein neuer erschreckender Trend bemerkbar: So wurden zwischen 2009 und 2013 bun-



Foto: Ulrich Wajszack

Zur Person:

Otto Diederichs ist freier Journalist in Berlin im Bereich Polizei, Geheimdienste, Innere Sicherheit. Von 1991 bis 1996 war er Redakteur des Informationsdienstes Bürgerrechte & Polizei/CILIP.

desweit 38 Menschen bei Polizeieinsätzen getötet. Doch nur der geringere Teil der Opfer waren Straftäter im klassischen Sinne; zwei Drittel waren psychisch krank oder lebensmüde wie ein Bericht des rbb-Fernsehens („Tödliche Polizeikugeln“ 27. Mai 2014) in Zusammenarbeit mit dem Autor zeigt.

2008 waren es bei zehn von der Polizei Erschossenen noch zwei Personen, die sich im Nachhinein als psychisch erkrankt herausstellten. Im Jahr darauf zwei von sechs Getöteten; 2010 dann einer bei insgesamt acht. Seit 2011 kehren sich die Zahlen im Vergleich zum klassischen Straftäter, der versucht, sich bewaffnet seiner Festnahme zu entziehen, indes geradezu um. Von den seinerzeit insgesamt sechs getöteten Personen waren drei psychisch erkrankt.

Einige Beispiele: In Berlin verbarrikadierte sich eine 53-jährige Frau



EIGENSICHERUNG

in ihrem Zimmer in einer betreuten Wohneinheit, als sie von Mitarbeitern des Sozialpsychiatrischen Dienstes zu einer Anhörung beim Amtsgericht begleitet werden sollte. Als herbeigerufene Polizisten die Wohnungstür aufbrachen, wurden sie mit einem Messer angegriffen und ein Beamter leicht an der Hand verletzt; daraufhin schoss sein Kollege und traf die Frau tödlich.

Kurze Zeit später sollte in Mannheim ein ebenfalls verwirrter 37-jähriger Mann zum Amtsarzt gebracht werden; er griff die Beamten mit Brandsätzen an, verletzte einen damit und verstarb in der Folge an einer Schussverletzung. In Monheim am Rhein schließlich sollte wiederum ein Betreuungsbeschluss durchgesetzt werden. Der 59-Jährige wehrte sich mit einem Messer und wurde erschossen. Zwei weitere getötete Personen in Frankfurt/Main und Cuxhaven dürfen als zumindest zur Tatzeit nicht zurechnungsfähig gelten.

Die Entwicklung setzt sich fort. 2012 starben bei Polizeieinsätzen insgesamt acht Menschen; drei waren psychisch krank, zwei weitere befanden sich in einem mentalen Ausnahmezustand. Von den acht 2013 durch polizeilichen Schusswaffengebrauch Getöteten waren fünf psychisch krank.

„Stress frisst Intelligenz“ (Berliner Schießausbilder)

Neben allen sonstigen Problemen, die in derartigen Fällen auf die Polizeibeamten und -beamtinnen zukommen, ist unterdessen zudem das Foto-Handy getreten. Amateur-Videos schiefeingegangener Einsätze kursieren schnell im Internet. Der renommierte Psychiatrieprofessor Asmus Finzen hat solche Fälle analysiert. Die Gefährlichkeit von psychisch Kranken, selbst wenn sie bewaffnet seien, sei ein „Mythos“, sagt er. „Psychotische Menschen reagieren anders“ als Kriminelle. Sie lebten gefangen in ihrer eigenen Welt, in der Störungen schnell als Bedrohung gesehen würden. Dies könne die Polizei jedoch nicht nachvollziehen und in der Folge seien die Beamten und -beamtinnen dann fatalerweise der Meinung, besonders hart reagieren zu müssen. Nur in seltenen Fällen seien psychisch Kranke jedoch auch eine Gefahr für die Allgemeinheit. Finzen rät

daher dazu, zunächst Abstand zu halten und professionelle Unterstützung durch ein Spezialeinsatzkommando (SEK) oder wenn möglich zusätzlich einen Psychiater anzufordern.

Dass „die Polizei offenbar nicht so darauf vorbereitet ist, wie sie vorbereitet sein sollte“, bestätigen auch Thomas Feltes, Professor für Kriminologie, Kriminalpolitik und Polizeiwissenschaft an der Ruhr-Universität in Bochum und der frühere niedersächsische Justizminister und heutige Leiter des Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN), Christian Pfeiffer. Einer bundesweiten KfN-Studie von 2011 (Forschungsbericht Nr. 3) zufolge fühlen sich 58 Prozent der mehreren Tausend befragten deutschen Polizeiangehörigen bei der psychologischen Beurteilung einer Einsatzlage schlecht vorbereitet; 20 Prozent beklagen Defizite bei der Ausbildung an der Waffe. Kommen dann noch mangelnde Trainingsmöglichkeiten hinzu, wie sie etwa auch die GdP-Landesverbände Berlin und Nordrhein-Westfalen in den vergangenen Monaten beklagten, wird es erst recht problematisch.

Ein Polizist ist kein Sheriff

Im klassischen Western bläst der Sheriff nach dem Shoot-out den Rauch aus dem Revolverlauf und geht in den Saloon. Doch im wirklichen Leben ist es anders und nicht nur für den psychisch Kranken kann die Situation fatal enden. Auch für die polizeilichen Schützen hat dies gesundheitliche Folgen. Laut Manuela Kazmiersky vom Sozialdienst der Berliner Polizei zeigt ein Drittel der Beamten oder Beamtinnen, die einen Menschen getötet haben, eine „akute Belastungsreaktion“; ein zweites Drittel eine „längere Befindlichkeitsstörung“, die zwischen vier Wochen und drei Monaten andauern kann und psychologisch behandelt werden muss. Geschieht dies nicht, „verfestigt sich die Erkrankung“ und der Beamte oder die Beamtin kann „nicht mehr in ihr normales Leben zurückkehren“. Einer, dem es so ergangen ist und zugleich einer der ganz wenigen, der bereit ist, öffentlich darüber zu reden, ist der frühere bayerische Beamte Mike M. In dem eingangs genannten rbb-Film schildert er eindrucksvoll, was das




1 Taschenlampe
COP® 8507 LED Stroboskop
Art.-Nr. 18507
Cree® XP-G LED Leuchtmittel.
Arretierbarer Schalter. Länge: 14 cm
Durchmesser: 3,3 cm Körper, 3,6 cm Kopf

Aktionspreis:
€ 39,90
statt 59,90

2 Einsatzstiefel
adidas® GS69.7
Art.-Nr. 85G62307-Größe UK
Farbe: schwarz
Größen: (EU 36 - 50), UK 3,5 - 14
Verfügbar in 1/2 Größen
Gewicht 1 Stiefel in Gr. 43: 600 g

Aktionspreis:
€ 119,90
statt 139,90

3 Einsatzhandschuh
COP® PPG TS
Art.-Nr. 320PPGTS-Größe
Größen: XS - 3XL; Farbe: schwarz
Außenmaterial: Handfläche: 100% Rindsleder
Handrücken: 55% Polyamid, 45% Polyester
Innenmaterial: 100% Polyäthylener
FINGERKUPPEN: Besonders hoher
Stichschutz rundum an den Fingerkuppen.

Aktionspreis:
€ 59,90
statt 79,90

4 Under Armour® Tactical Stehkragen Mock-Shirt
Art.-Nr.: UA12443930-Größe (oliv)
Art.-Nr.: UA1244393N-Größe (navy)
Art.-Nr.: UA12443935-Größe (schwarz)
Größen: S - 2XL Farben: oliv, schwarz, navy
Material: 89% Polyester, 11% Elasthan
Langärmeliges, hochfunktionelles
Kompressionsshirt mit ColdGear®
Technologie, das den Körper in kalten
Tagen warm und trocken hält.

Aktionspreis:
€ 49,90
statt 69,90

5 Under Armour® Outdoor Fleece Beanie Mütze
Art.-Nr.: UA12419675
Farbe: schwarz; Einheitsgröße
Material: 100% Polyester
Enganliegende Mütze mit ColdGear®
Technologie. Weiches Fleece Innenfutter
sorgt für optimalen Feuchtigkeitstransport.

Aktionspreis:
€ 15,90
statt 22,90

6 Under Armour® Infrarot Convex Handschuh ColdGear®
Art.-Nr.: UA12494375-Größe
Farbe: schwarz; Größen: S - XL;
Material: 100% Polyester. Warmer,
gefütterter Fleecehandschuh mit
„Infrarot“-Innenfutter und wasser-
abweisender STORM-Imprägnierung.
Mit Touchscreen-Funktion.

Aktionspreis:
€ 29,90
statt 44,90

7 Under Armour® GoldGear® Boxershirt Core
Art.-Nr.: UA12038825-Größe
Größen: S - 3XL; Farbe: schwarz
Material: 63% Nylon, 23% Polyester,
14% Elasthan. Eng anliegende Boxershirt
ohne Eingriff - Beininnenlänge = 17,8 cm

Aktionspreis:
€ 29,90
statt 39,90

8 Rucksack Assault Pack Small
Art.-Nr.: 9408AG-S
Maße: 42 x 20 x 25 cm; Farbe: schwarz
Material: 100% Polyester, PVD beschichtet
Volumen: 25 l

Aktionspreis:
€ 29,90
statt 49,90

Gezeigt ist nur ein Auszug aus unserem Angebot an über 300 Rest- u. Sonderposten sowie II. Wahl Artikeln.
Zu finden unter der Rubrik: Angebote/Restposten auf www.cop-shop.de

COP Vertriebs-GmbH · Klenauer Straße 1a · 86561 Oberweilenbach · Germany
Telefon +49(8445)9296-0 · Fax +49(8445)9296-50 · E-Mail service@cop-gmbh.de

www.cop-shop.de

*** Angebote / Aktionspreis gültig vom 20. Dezember 2014 bis 28. Februar 2015 | * Frühere unverbindliche Preisempfehlung des Herstellers. *** ehemaliger Verkaufspreis

bedeuten kann: Herzinfarkt, Tinnitus, Schlafstörungen, Albträume!

Das Problem könnte also durchaus bekannt sein. Dennoch wird es von Politik und Polizeiführungen weitgehend negiert. Stellvertretend für andere Innenminister kann hier der Berliner Innensenator Frank Henkel (CDU) stehen. Angesichts der „Definitions- und Abgrenzungsprobleme“ bei psychischen Erkrankungen „erscheint mir eine Extra-Aus- und Fortbildung in diesem Bereich nicht zielführend“, sagt er.

Eine solche Aussage hält Feltes für eine sicherheitspolitische Bankrotterklärung. Ein Psychologe könne den Beamten und Beamtinnen durchaus in wenigen Stunden die Grundlagen dafür vermitteln „wie man da Signale liest“.

Doch die Praxis sieht anders aus: Schon in der Ausbildung werde „Konfliktbewältigung auch mit Personen in Ausnahmesituationen“ trainiert, ist die offizielle Auskunft der Berliner Polizei. In das „situative Distanzverhalten“ würden immer wieder auch

neue Erkenntnisse einfließen. Gleichwohl handele es sich hier aber stets um einen „Grenzbereich“. Und der sieht so aus: Als Mindestabstand zu mit Messern oder stichwaffenähnlichen Gegenständen Bewaffneten gilt als Regel eine Entfernung von fünf bis sieben Metern. Bei geringerer Distanz sei eine Reaktion unterhalb des Schusswaffengebrauchs ohne erhebliche Eigengefährdung nicht mehr möglich. Und so gibt es in der Konsequenz bei der Aus- und Fortbildung der Berliner Polizei einmal in der Woche den sogenannten Messertag. Geübt wird dabei ausschließlich der Schuss auf das „vitale Dreieck“, also den Brustkorb mit Herz und Lunge.

Wie nun weiter?

Sofern es also nicht gleich völlig ignoriert wird, ist in diesem Problembereich allenfalls große Ratlosigkeit festzustellen. Und so ist wohl auch künftig damit zu rechnen, dass es bei polizeilichen Lagen in Zusammenhang

mit psychisch Erkrankten weiterhin zu unnötigen tödlichen Einsätzen kommt.

Bis zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe von DEUTSCHE POLIZEI ist es im vergangenen Jahr zu insgesamt fünf tödlich verlaufenen Schusswaffeneinsätzen gekommen. In zwei Fällen (Bäumenheim: 11. Juli, Goch: 11. August) handelte es sich um psychisch Erkrankte; in einem dritten Fall (Stadland: 20. Oktober), befand sich der Getötete zum Tatzeitpunkt zumindest in einem akuten Ausnahmezustand. In zwei weiteren Fällen von Schusswaffengebrauch (Röthenheim: 29. August, München: 11. November) haben die Betroffenen ihre schweren Schussverletzungen überlebt; keiner von ihnen war ein Straftäter im klassischen Sinne. Im Fall eines unbewaffneten Wirtschaftsstraftäters (Cottbus: 21. August) befand sich dieser bei Redaktionsschluss noch in intensivmedizinischer Behandlung.

Es muss also dringend etwas geschehen. Dies auch im Sinne der Beamten und Beamtinnen.

FACHTAGUNG

BKA-Herbsttagung – Präsidentenwechsel und Fachaustausch

„Mit Jörg Ziercke verabschieden wir einen großen BKA-Präsidenten“, würdigte Bundesinnenminister Thomas de Maizière den scheidenden Chef-Ermittler des Bundeskriminalamtes (BKA) auf der traditionellen Herbsttagung des BKA.

Er lobte die herausragende Arbeit des schleswig-holsteinischen Polizisten, indem er insbesondere die herausragende Vertrauensstellung von Ziercke hervorhob. „Er war mir immer ein wichtiger Ratgeber“, sagte de Maizière und nannte beispielhaft die äußerst schwierige Lagebeurteilung, die vor rund vier Jahren dazu führte, dass die Bevölkerung der Bundesrepublik vor einem eventuellen islamistischen Terroranschlag durch den Innenminister gewarnt wurde.

Ziercke hat die BKA-Leitung nach den verheerenden Anschlägen des 11. September 2001 übernommen, die Bekämpfung des islamistischen Ter-

rorismus zu einem der Hauptziele gemacht und zugleich das Amt für die Herausforderungen, insbesondere bei der Bekämpfung der Cyberkriminalität, auch für die Zukunft hervorragend aufgestellt, wie der Minister betonte. Ziercke habe dafür gesorgt, dass das BKA international einen sehr guten Ruf genießt.

Zur Verabschiedung des bisherigen Präsidenten sprachen zahlreiche Weggefährten, und auch der Vorsitzende des Personalrats sowie Vorsitzende des GdP-Bezirks BKA, Jürgen Vorbeck, ergriff das Wort. Ziercke habe das Amt in einer ungewöhnlichen Weise geführt, die dazu geführt habe, dass die Kolleginnen und Kollegen mit großer Motivation ihre Arbeit verrichten, betonte Vorbeck. Ziercke sei ein Mann, der über Hierarchie-Ebenen und Dienstwege hinweg den fachlichen Austausch mit allen Kolleginnen und

Kollegen des Hauses gepflegt habe. Diese menschliche Qualität sei ursächlich für das gute Betriebsklima und werde lange in Erinnerung bleiben.

Amtsübergabe

Den feierlichen Moment der Übergabe der Urkunde, durch den der Bundesinnenminister den BKA-Präsidenten in den Ruhestand versetzte, begleiteten die Zuhörerinnen und Zuhörer in dem übervollen Saal des Mainzer Schlosses mit langanhaltenden stehenden Ovationen. Dieser Applaus der Kolleginnen und Kollegen war ein Zeichen für den großen Respekt, den Ziercke in der Kollegschaft der gesamten deutschen Polizei genießt. Beim anschließenden Empfang dankte der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Dietmar Schilff dem scheidenden Chef für die geleistete Arbeit und versicherte



auch dem neuen Präsidenten, Holger Münch, die volle Unterstützung der Gewerkschaft der Polizei.

Mit dem Ausscheiden Zierckes wurde auch dem neuen Präsidenten die Ernennungsurkunde vom Bundesinnenminister übergeben. Der 1961 in Bremen geborene Polizeibeamte Münch war zuletzt Staatsrat beim Senator für Inneres und Sport der Freien Hansestadt Bremen. Münch habe, dies betonte auch der Innenminister, den Polizeiberuf von der Pike auf gelernt. Nachdem Münch 1980 in den Polizeidienst in Bremen eingetreten ist, machte er unter anderem Station beim BKA in Meckenheim im Bereich des Personenschutzes. Von 1993 bis 1995 studierte Münch an der Polizeiführungsakademie in Münster. Über mehrere Stationen in der Senatsinnenverwaltung Bremens bekleidete er von 2009 bis 2011 das Amt des Polizeipräsidenten der Hansestadt.

De Maizière sicherte Münch die volle Rückendeckung nicht nur seines Ministeriums, sondern auch von ihm persönlich mit den Worten zu: „Sie haben mein volles Vertrauen“. Münch bedankte sich für die zugesicherte Unterstützung und machte deutlich, dass er großen Respekt vor der Aufgabe als solcher und vor der Tatsache habe, dass er Nachfolger eines so erfolgreichen BKA-Präsidenten sei.

„Organisierte Kriminalität hat sich rasant verändert“

Die Herbsttagung stand aber nicht ausschließlich im Zeichen der Staffeltabübergabe, sondern sie hatte erneut das Thema der internationalen Organisierten Kriminalität (OK). In seiner Eingangsrede stellte de Maizière fest, dass sich die OK in den vergangenen zehn Jahren rasant verändert habe. Ein Beispiel hierfür sei das neuartige Schadenspotenzial. So werde zum Beispiel ein Verfahren geführt, das im Zusammenhang mit Emissionshandel wegen Verdachts der Geldwäsche angestrengt wird. Die Schadenssumme betrage hier rund 1,4 Milliarden Euro bei einem gesicherten Vermögen von 550 Millionen Euro.

In den vergangenen zehn Jahren habe sich ein deutlicher Wandel beim Betätigungsfeld der OK ergeben. Die traditionellen Bereiche wie Drogen- und Waffenhandel würden durch lukrativere Felder wie Medikamenten-



BKA-Präsident Holger Münch (links) und sein Vorgänger Jörg Ziercke bei einem Shakehands
Foto: Bundeskriminalamt

fälschung, Umweltkriminalität und Massendelikte per Internet abgelöst. Ein neuer Trend sei auch in der fortschreitenden Globalisierung der OK zu erkennen. Das OK-Lagebild 2013 weise eine internationale Tatbegehung mit über 78 Prozent und Bezügen in 128 Staaten aus. Das Internet sei wie ein Brandbeschleuniger. Täter könnten entgrenzt von jedem beliebigen Ort aus massive Schäden anrichten und seien noch dazu so gut wie nicht ermittelbar.

De Maizière mahnte die anwesenden Kriminalbeamtinnen und -beamten zu einer veränderten Denkweise. „Müssen wir im Kampf gegen einen höchst flexiblen Gegner wie die OK nicht selbst flexibler werden? Im Kern geht es hier um wesentlich mehr als nur Definitionen und Begrifflichkeiten“, verdeutlichte der Minister seinen Gedankengang. Dabei regte er an, über neuartige Strukturen der Ermittlungstätigkeiten bei der Bekämpfung von Kriminalität, die sowohl im Inland als auch im Ausland mittels neuester Technologien das Rechtssystem attackiert, nachzudenken. Beispielhaft bezog er sich dabei auf das vom damaligen Innen-

minister Otto Schily eingerichtete Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum (GTAZ) und das danach installierte Cyber-Abwehrzentrum (Cyber-AZ). „Ist ein ähnlicher Weg denkbar für die Bekämpfung einer begrifflich weitgefassten OK?“, fragte der Innenminister. Auf diesem Weg, den zuvor das BKA unter Ziercke bereits eingeschlagen hat, müsse auch das Amt unter dem neuen Präsidenten vorangehen.

Der Minister nutzte die Gelegenheit, um erneut seine Gedanken zum Zustand des Rechtsstaates zu verdeutlichen. „Beim Bundeskongress der GdP in der letzten Woche sprach Professor di Fabio über die Erosion des Gewaltmonopols des Staates. Seine These: Die Polizei ist eine unverzichtbare Stütze unseres demokratischen Rechtsstaates. Es sei deswegen äußerst beunruhigend, wenn der Bürger in dem Polizisten, der ihm gegenüber tritt, nicht mehr den Vertreter des Rechtsstaates sieht. Ich füge hinzu: Gleiches gilt für alle Sicherheitsbehörden – mit oder ohne Uniform“, betonte de Maizière. Es müsse offen darüber diskutiert



werden, aus welchen Gründen und vor allem mit welchen Konsequenzen der Respekt und die Anerkennung von Polizeibeamtinnen und -beamten deutlich geringer geworden ist. Dabei werde oft verkannt, wie der Arbeitsalltag der Polizistinnen und Polizisten aussieht. „Wir verlangen viel. Polizisten mit und ohne Uniform, so habe ich es bei der GdP gesagt und so sage ich es heute beim BKA, können dann aber zumindest Respekt und Anerkennung verlangen für ihre Arbeit, die sie nicht aus Eigennutz tun. Gleiches gilt für unsere anderen Sicherheitsbehörden. Von ihnen erwarten wir, dass sie Tag und Nacht für unsere Sicherheit sorgen, Anschläge verhindern, die Aus- und Einreise von Terroristen verhindern, Kriminalität (gleich welcher Art) bekämpfen. Gleichzeitig herrscht aber manchmal ein seltsames Desinteresse daran – oder eine falsche Vorstellung davon –, wie denn diese Sicherheit gewährleistet wird“, analysierte de Maizière.

Um die Situation der Kolleginnen und Kollegen zu verbessern, sei deshalb eine Debatte darüber notwendig, was zum Berufsalltag der Polizei auch gehöre, die Durchsetzung von

Recht und Gesetz nicht nur im freundlichen Dialog, sondern, wenn nötig, auch in harter Weise. Abschließend trat de Maizière noch einmal für eine verfassungskonforme Regelung zur Speicherung und Verwendung von Telekommunikationsdaten ein. Nicht nur in diesem Punkt sprach er den anwesenden Fachleuten aus den Herzen. Der langanhaltende Beifall für seine Rede machte dies deutlich.

Die Bedingungen für Bekämpfung deutlich verbessern

Am zweiten Tag der Fachtagung zeichnete die Leiterin der Abteilung Schwere und Organisierte Kriminalität beim BKA, Sabine Vogt, ein ebenso detailliertes wie düsteres Bild der aktuellen Lage rund um die Bekämpfung der Informations- und Kommunikationstechnik (IuK). Der gesellschaftliche und demografische Wandel, die Digitalisierung fast aller Lebensbereiche, innovative Täter, sowie transnationale Tatbegehungsweisen stellten die Strafverfolgungsbehörden vor sehr große Herausforderungen.

Neben Rauschgiftkriminalität oder Rockergruppierungen sei festzustellen, dass die OK durch reisende Einbrechergruppen oder Massenphänomene wie den Call-Center-Betrug, an der Haustür des Bürgers angekommen sei. Deshalb müssten die Rahmenbedingungen für die Bekämpfung der IuK deutlich verbessert werden. Dies gelte vor allem für die Gewinnabschöpfung und die Rechts-hilfe. Moderne OK-Bekämpfung sei international zu organisieren, wichtige Handelnde seien Interpol, Europol und internationale Kooperationen von operativen Polizeieinheiten auf teilweise regionaler Ebene.

Zudem plädierte Vogt eindringlich dafür, dass sich die politisch Verantwortlichen noch intensiver mit den notwendigen Bekämpfungsstrategien der Strafverfolgungsbehörden auseinandersetzen. Dabei müsse, auch mit politischer Hilfe, eine noch stärkere Allianz mit den betroffenen Wirtschaftsunternehmen, die ihre Geschäftstätigkeiten auch mit privaten Sicherheitsunternehmen absichern, gesucht werden. **Sascha Braun**

BEAMTE

Für einen handlungsfähigen öffentlichen Dienst!

Das von der Hans-Böckler-Stiftung zusammen mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) veranstaltete Schöneberger Forum 2014 beschäftigte sich vor allem mit dem fachlichen Austausch darüber, wie die oft schwierigen Arbeitsbedingungen der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes so ausgestaltet werden können, dass im Ergebnis auch seine Handlungsfähigkeit verbessert wird.

Die stellvertretende DGB-Vorsitzende und Vorsitzende des Kuratoriums der Hans-Böckler-Stiftung, Elke Hannack, betonte zur Eröffnung Ende November in Berlin, wie wichtig der öffentliche Dienst für die Funktionsfähigkeit unserer Volkswirtschaft und für die Bürgerinnen und Bürger sei. Dies werde oft erst deutlich, wenn dieser seine Leistungen nicht beziehungsweise nicht in ausreichender Form erbringen könne. Die Bürgerinnen und Bürger hätten aber unverändert hohe Erwartungen an die durch den öffentlichen Dienst zu erbringenden Leistungen der Daseinsvorsorge und der inneren wie

öffentlichen Sicherheit. Dies sei Grundkonsens innerhalb der Gesellschaft. Indem der öffentliche Dienst jedoch immer wieder als ein reiner Kostenfaktor betrachtet und behandelt werde, würden letztlich die Grundfesten der Gesellschaft erschüttert. Notwendig sei deshalb insbesondere ein gerechter finanzieller Ausgleich zwischen Bund und Ländern. Die Zukunftsfähigkeit des öffentlichen Dienstes hänge insofern von der Berücksichtigung des Gebots der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse und der Beseitigung des derzeitigen Flickenteppichs bei Besoldung, Versorgung und Beihilfe ab.

Frank Bsirske, Vorsitzender der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, bekräftigte diese Forderungen und wies ebenfalls daraufhin, dass die Handlungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes vor allem durch die mangelnde Finanzierungsgrundlage öffentlicher Dienstleistungen, dem nach wie vor enormen Personalabbau in Bund, Ländern und Kommunen und durch die zunehmend schwieriger werdende Suche nach qualifizierten Beschäftigten stark gefährdet sei. Damit der öffentliche Dienst auch künftig verlässlich Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger erbringen könne, bedürfe es einer ausreichenden Finanzierung des öffentlichen Dienstes insbesondere durch eine Stärkung der Einnahmeseite durch eine höhere Belastung hoher Einkommen und Vermögen sowie eine Reform der Finanzverfassung, welche dem grundgesetzlichen Auftrag zur Sicherstellung gleichwertiger Lebens-



verhältnisse in Deutschland gerecht wird. Dabei müsse dem Bild des Wettbewerbsföderalismus der Leitgedanke eines „kooperativen Föderalismus“ entgegengestellt werden.

Zugleich plädierte der ver.di-Chef für eine umfassende Modernisierung der öffentlichen Verwaltungen, wobei E-Government eine zentrale Rolle einnehme. Schließlich bedürfe es einer veränderten Personalpolitik im öffentlichen Dienst, die insbesondere Personalbedarfe analytisch berechne und nicht politisch setze, Beschäftigungsverhältnisse im Grundsatz auf Dauer begründe, Einkommen und spätere Altersversorgungsleistungen erhöhe und sichere sowie Personalentwicklung im Interesse der Aufgabenwahrnehmung und der Beschäftigten fördere. Ein handlungs- und leistungsfähiger öffentlicher Dienst sei letztlich ein Gradmesser für eine friedliche und soziale Gesellschaft und für die Lebensqualität in einem Land.

Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Dr. Günter Krings, betonte, dass die Handlungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes der Garant der staatlichen Handlungsfähigkeit sei. Daher hätten die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes den berechtigten Anspruch auf verlässliche rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen für „gute Arbeit“ im öffentlichen Dienst. Dies werde auch durch ein klares Bekenntnis zum Berufsbeamtentum sowie die Gewährleistung eines fairen und gerechten Bezahlensystems umgesetzt. Zur Sicherung der Fachkräftebasis im öffentlichen Dienst bedürfe es zudem einer demografievorsorgenden Stellenpolitik.



Ver.di-Chef Frank Bsirske und die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack im Dialog.
Foto: Simone M. Neumann

In verschiedenen Fachforen ging es unter anderem um die Kürzungs- politik und ihre Folgen für die Bürgerinnen und Bürger. Im Zusammenhang mit der Frage, welche Ressourcen welche wesentlichen zu erbringenden öffentlichen Aufgaben erfordern, wurde darauf verwiesen, dass Deutschland mittlerweile bereits einen der kleinsten öffentlichen Dienste der Welt habe. Angesichts steigender Personalausgaben insbesondere im Bereich der Versorgung und den Vorgaben des Fiskalpakts und der Schuldenbremse versuchen praktisch alle Dienstherren mehr oder weniger drastisch durch Einsparungen und Kürzungen ihre Ausgaben zu verringern. Ehrlich erscheint hier die Aussage einer Landesvertreterin, wonach die Notwendigkeit einer Personalbedarfsplanung bislang regelmäßig

mit Stellenabbau übersetzt worden sei. Nicht überraschen konnte hingegen die Feststellung, dass sich Kürzungen und Sparmaßnahmen im öffentlichen Dienst negativ auf die Arbeitszufriedenheit sowie Leistungsbereitschaft der Beschäftigten und somit im Ergebnis auch negativ auf die Bevölkerung auswirken.

Weitere Foren behandelten die Weiterentwicklung des Personalvertretungs- und des Laufbahnrechts in Bund und Ländern, diskutierten über moderne Instrumente zur Erhaltung und Verbesserung der Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes sowie die Personalentwicklung vor dem Hintergrund des demografischen Wandels. Weitere Informationen unter www.schoeneberger-forum.de.

Christian Hoffmeister

Anzeige



Habichtswald-Klinik • Wigandstr. 1 • 34131 Kassel • www.habichtswaldklinik.de • info@habichtswaldklinik.de

... wieder Atem schöpfen

Habichtswald-Klinik

Fachklinik für Psychosomatik, Onkologie und Innere Medizin Kassel - Bad Wilhelmshöhe. In Mitten Deutschlands am Fuße des größten Bergparks Europas mit Herkules und Schloss Wilhelmshöhe sowie in direkter Nachbarschaft zu einer der schönsten Thermen liegt die Habichtswald-Klinik.

In ihrem Selbstverständnis als Klinik für Ganzheitsmedizin arbeitet die Habichtswald-Klinik auf der Ebene einer integrativen Betrachtung von Körper, Seele und Geist in einer Synthese aus Schulmedizin, Naturheilverfahren und komplementärer Therapien. Die Klinik hat einen Versorgungsvertrag nach § 111 und ist nach § 30 GWO als beihilfefähig anerkannt.

Bei den Gesetzlichen Krankenkassen ist die Habichtswald-Klinik als Rehabilitationsklinik anerkannt, bei den privaten Krankenversicherungen als „Gemischte Einrichtung“ die auch Akutbehandlungen gemäß OPS 301 durchführt. Die Beihilfestellen rechnen mit der Klinik den allgemeinen niedrigsten mit den Sozialversicherungsträgern vereinbarten pauschalen Pflegesatz ab.

Spezielle Behandlungskonzepte zu

- Burn-out Symptomatik
- Tinnitus, Schwindel und Lärmschäden
- depressiver Erschöpfung
- Angstsymptomatik
- Traumatherapie
- Missbrauch von Suchtmitteln
- onkologischen und internistischen Erkrankungen

Kostenloses Service-Telefon: 0800 890 110 Telefon Aufnahmebüro: 0561 3108-186, -622



Von A wie Arbeitsschutz bis Z wie Zwangsprostitution

Die IG-Metall-Bildungsstätte in Berlin-Spandau bot erneut ideale Voraussetzungen für die zentrale Arbeitstagung des GdP-Bundesfrauenvorstandes. Den Auftakt des viertägigen Beratungsmarathons im vergangenen Herbst bildete ein Gespräch des Geschäftsführenden Bundesfrauenvorstandes (GBFV) mit der stellvertretenden Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Elke Hannack. Sie war mit ihrer Abteilungsleiterin für Frauen- und Gleichstellungspolitik, Anja Weusthoff, zum Antrittsbesuch an den Pichelsee gekommen.

Im Gespräch mit dem GBFV informierte sich Hannack über den aktuellen Sachstand zum Prostitutionsschutzgesetz, das fachlich von der AG „Menschenhandel und Zwangsprostitution“ des Bundesfrauenvorstandes begleitet wird. Auf großes Interesse stieß beim DGB auch der Abschlussbericht zum zweiten Projekt „Gendergerechte Beurteilungen“, der auf der anschließenden Arbeitsta-

gung von Dr. Andrea Jochmann-Döll vorgestellt wurde. Hannack erklärte, dass sie dieses Thema schon längere Zeit verfolge und sie die Thematik im Kreis der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes erörtern wolle. „Nur ein breites Bündnis aller betroffenen Gewerkschaften kann hier zu befriedigenden Lösungen führen“, sagte Hannack und fügte hinzu, dafür wolle sie sich gern einsetzen.

Im Gegenzug berichtete die stellvertretende DGB-Vorsitzende von ihren Arbeitsschwerpunkten. So wird zurzeit intensiv an der Novellierung des Mutterschutzgesetzes gearbeitet und auch die Stellungnahmen und Zuarbeiten zum neuen Bundesgleichstellungsgesetz verschlingen derzeit viele Ressourcen. Auf Hinweise des GBFV sagte Hannack zu, sich wieder verstärkt um die thematische Ausrichtung des Schöneberger Forums, der Fachtagung des öffentlichen Dienstes in Berlin, zu kümmern. Dem GBFV war aufgefallen, dass das Thema Gleichstellung in den vergangenen Jahren nicht mehr auf der Tagesordnung der Fachtagung stand. „Das Thema Gleichstellung muss dem Vorbereitungsteam aus dem Fokus geraten sein, aber das kann man ändern“, versprach Hannack.

Etwas ernüchterndes Fazit

Diesem Auftakt folgte für den Bundesfrauenvorstand und deren Vertreterinnen ein Vortrag von Dr. Andrea Jochmann-Döll zur bereits erwähnten Studie der Hans-Böckler-Stiftung in Sachen gendergerechter Beurteilungen. Die Wissenschaftlerin stellte dar, wie man ihres Erachtens gendergerechten Beurteilungen näher kommen könnte. Ziel des sechsmonatigen Projekts war es, aufbauend auf die Studie „Nach Leistung, Eignung und Befähigung – Beurteilungen von Frauen und Männern im Polizeivollzugsdienst“, Hinweise und Empfehlungen für eine gleichstellungsförderliche Gestaltung von Beurteilungsrichtlinien und der Beurteilungspraxis zu geben. Das Fazit von Jochmann-Döll viel etwas ernüchternd aus: „Den Stein der Weisen habe ich leider nicht gefunden, doch es gibt Handlungsmöglichkeiten.“

Ihrer Ansicht nach lassen sich gendergerechte Beurteilungen nicht mit einzelnen, einfachen und schnellen Maßnahmen erzielen, vielmehr ist ein Bündel von Maßnahmen erforderlich, die auf verschiedenen Einflussebenen ansetzen. Das Ziel ausgewogener Beurteilungen wird umso besser erreicht, je dichter verwoben die gleichstellungsorientierten Maßnahmen und Instrumente sind. Nach dem Vortrag folgte

Teilnehmerinnen der Arbeitstagung der Frauengruppe (Bund)

Fotos (2): Annette Terweide



FRAUENGRUPPE (BUND)

eine rege Diskussion der Kolleginnen, wie mit diesen Forschungsergebnissen in der Praxis umgegangen werden soll.

Zudem ging es um die Vorbereitung des Bundeskongresses und den Jahresplan 2015. Dabei warfen die neuen Arbeitsgruppen des Bundesfrauenvorstandes AG „Beruf und Leben“ mit dem Schwerpunkt Pflege und die AG „Geschlechtersensibles Gesundheitsmanagement“ bereits ihre Schatten voraus.

Auf dieser Tagung zeigte sich wieder die gesamte Vielfalt und Fachlichkeit der GdP-Frauen. Wenn fundiert und engagiert von A wie Arbeitsschutz bis Z wie Zwangsprostitution diskutiert werden kann, dann muss es uns um die Zukunft der GdP-Frauengruppe nicht bange sein.



Dagmar Hölzl *Frauen bei der Gruppenarbeit*

Die Studie „Gendergerechte Beurteilungen – Hinweise und Empfehlungen für eine gleichstellungsförder-

liche Gestaltung von Regelungen und Praxis“ ist bei der Hans-Böckler-Stiftung unter der Bestellnummer 30444

kostenlos erhältlich oder:

<http://www.boeckler.de/6299.htm?produkt=HBS-005951&chunk=1>

Anzeige

4. – 5.3.2015
Nürnberg, Germany

ENFORCE TAC
International Exhibition & Conference
Law Enforcement, Security and
Tactical Solutions
enforcetac.com

by IWA

IWA
OUTDOOR
CLASSICS 2015

High performance in target sports,
nature activities, protecting people

6. – 9.3.2015
Nürnberg, Germany

www.iwa.info

NÜRNBERG MESSE



Treffen der GdP-Vorsitzenden der Haupt- und Gesamtpersonalräte

Ende November trafen sich die GdP-Vorsitzenden der Haupt- und Gesamtpersonalräte in der Polizei zu einem zweitägigen Forum in der GdP-Bundesgeschäftsstelle in Berlin. Begrüßt wurden sie vom stellvertretenden Bundesvorsitzenden Arnold Plickert. In seinem gewerkschaftspolitischen Situationsbericht fand auch eine Nachbetrachtung des GdP-Bundeskongresses statt.



Die Teilnehmer hatten sich eine umfangreiche Tagesordnung gegeben. Unter anderem behandelten sie die Vorbereitung des G7-Gipfels im bayerischen Elmau, die Ingressnahme durch den Dienstherrn bei Unfällen mit dem Dienst-Kfz und bei Falschbetankung sowie die Ruhegehaltsfähigkeit von Einsatzzeiten im Ausland. Ebenso Gesprächsthemen waren arbeitszeitrechtliche Fragen wie die EuGH-Entscheidung zum Schadensersatzanspruch bei Verstoß gegen eine Vorschrift des Unionsrechts, der Arbeitsschutz, so der Umgang mit Infektionskrankheiten wie Ebola. Aber auch Initiativen zur Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf waren Gegenstand der Erörterung.

Das nächste Forum für die GdP-Vorsitzenden der Haupt- und Gesamtpersonalräte in der Polizei findet im Frühjahr statt.

mue

Der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Arnold Plickert (2. v.l.) diskutiert mit Tagungsteilnehmern im Beisein von GdP-Sekretär Horst Müller (3. v.l.)

Foto: Schönwald

GESUNDHEIT

GdP-Konferenz in Schleswig-Holstein bestätigt: Belastungsgrenze bei der Polizei überschritten

Die vielfältigen Belastungen des Schichtdienstes mit seinen hohen physischen und psychischen Anforderungen beanspruchen die Kolleginnen und Kollegen im Funkstreifen- und Einsatzdienst der Landespolizei in außergewöhnlicher Weise. Dies nahm der Geschäftsführende Landesvorstand Schleswig-Holsteins zum Anlass, Betroffene aus allen Teilen und Bereichen des Landes zu einer eintägigen „Konferenz“ in den Köhlerhof nach Bad Bramstedt einzuladen. Mehr als 80 Polizistinnen und Polizisten, vorwiegend aus dem Schichtdienst, nutzten die Gelegenheit, um sich im Gespräch und nicht selten emotionalen Diskussionen mit weiteren Betroffenen auszutauschen und mögliche Lösungen zu erarbeiten.

Der vom stellvertretenden GdP-Landesvorsitzenden Torsten Jäger organisierten

Konferenz mit einem überregionalen Medieninteresse war eine Stimmungsumfrage zur Belastungssituation vor-

ausgegangen. Diese förderte erschreckende Ergebnisse zutage, die die bisherigen Bedenken der Landes-GdP nicht nur bestätigte, sondern in weiten Teilen auch vertieften. Allein die Rücklauf-Quote der Fragebögen mit rund 20 Prozent offenbarte die Bedeutung der Problematik und den Missmut in der Landespolizei.

Von 3.300 an GdP-Mitglieder versandte Fragebögen wurden 650 von Betroffenen beantwortet. So beklagten unter anderem 80 Prozent der befragten Schichtpolizistinnen





GdP-Landesvorsitzender Manfred Börner (l.) mit der Arbeitswissenschaftlerin Hiltraud Grzech-Sukalo und dem stellvertretenden Landesvorsitzenden und Konferenzorganisator Torsten Jäger bei der Pressekonferenz
Foto: Thomas Gründemann

und Polizisten fehlendes Personal sowie 60 Prozent eine übermäßige Arbeitsverdichtung und mangelhafte Vereinbarkeit von Familie und Beruf, bei Teilzeitbeschäftigten sogar fast 90 Prozent. Dramatisch: 64 Prozent aller befragten Polizistinnen und Polizisten schleppten sich demnach sogar Tag und Nacht trotz gefühltem Krankseins zum Dienst. Dazu passt, dass nach Erkenntnissen der GdP die Krankheitsquote in den vergangenen Jahren in der Polizei nachweislich stetig gestiegen ist und derzeit mehr als sieben Prozent beträgt. Statistiken der gesetzlichen Krankenversicherung weisen Krankenstände von rund vier Prozent aus. 60 Prozent aller befragten Schichtdienstleistenden klagen zudem über Schlafstörungen und psychischer Probleme. Nicht planbare Dienstzeiten verstärken diese Problematik immens.

Aufgrund der vielfältigen Belastungen nicht mehr voll einsatzfähig zu sein, erklärten gut die Hälfte aller Polizistinnen und Polizisten. „Dauermüdigkeit, Dünnhäutigkeit, Lustlosigkeit und eine niedrige Reizbarkeitsschwelle sind keine guten Voraussetzungen für einen anspruchsvollen Polizeidienst“, sagte Jäger gegenüber der interessierten Presse.

Unterstützt wurde diese Feststellung von den Ausführungen

der Arbeitswissenschaftlerin Hiltraud Grzech-Sukalo. Die renommierte Diplompsychologin sprach den Polizistinnen und Polizisten mit ihren kritischen Anmerkungen zu den schleswig-holsteinischen Arbeitszeitregelungen offenbar aus der Seele. Ablehnend äußerte sie sich zu der 41-Stunden-Woche. „Damit ist ein gesunder und sozialverträglicher Schichtdienst überhaupt gar nicht möglich“, unterstrich sie. Gemeinsam mit dem GdP-Landesvorsitzenden Manfred Börner stellte Jäger die Konferenzergebnisse der Führung der Landespolizei und der Presse vor.

„Der Arbeits- und Gesundheitsschutz in der Landespolizei hat für die GdP nach wie vor oberste Priorität. Mit den Umfrage- und Konferenzergebnissen haben wir nunmehr auch belastbare Zahlen, um die mit dem Schichtdienst einhergehenden Gefahren zu dokumentieren“, sagte Börner in seiner Rede. Nachdrücklich forderte er eine deutliche Reduzierung von Wochenarbeit für Schichtdienstleistende auf 35 Stunden und deren Lebensarbeitszeit auf das 55. Lebensjahr. Personelle Lücken durch Teilzeitbeschäftigung müssten endlich ausgeglichen werden. Zudem sprach sich der Landeschef für die Schaffung von gesünderen Arbeitszeit- und Schichtmodellen aus.

Die GdP erwarte darüber hinaus eine deutlich verbesserte finanzielle Entschädigung für Schichtdienstbelastungen und eine insgesamt ausreichende Personalsituation in der Landespolizei, die eine Gewährleistung der inneren Sicherheit auch künftig ermöglicht, sagte Börner unter großem Beifall der Konferenzteilnehmer. Unter Hinweis auf den GdP-Bundeskongress zitierte er den Verfassungsrechtler und ehemaligen Richter am Bundesverfassungsgericht Professor Dr. Dr. Udo Di Fabio, der davor warnte, dass eine überlastete Polizei zu einem Risiko für den Rechtsstaat werden könne.

„Die Konferenz und insbesondere der Austausch mit den betroffenen Kolleginnen und Kollegen hat noch einmal deutlich vor Augen geführt, dass der durch die Landesregierung angekündigte Personalabbau ein Irrweg ist“, stellte Börner fest.

Thomas Gründemann

Anzeige

AHG Psychosomatische Klinik Bad Pyrmont

Spezialklinik für Verhaltenstherapie
Akademisches Lehrkrankenhaus
der Medizinischen
Hochschule Hannover

Chefartz:
Prof. Dr. med. Dipl.- Psych.
Rolf Meermann

Die AHG Psychosomatische Klinik Bad Pyrmont ist inmitten des landschaftlich sehr reizvollen Weserberglands gelegen.

Nach unserem Motto „Handeln - nicht behandeln lassen“ leiten wir unsere Patienten in einem auf die individuellen Bedürfnisse des einzelnen abgestimmten Einzel- und gruppenpsychotherapeutischen Behandlungskonzept dazu an, zu „Experten“ für ihre eigenen Gesundheitsprobleme zu werden.

Behandelt werden alle Störungsbilder des psychiatrisch-psychosomatischen Fachgebietes sowie begleitende internistische, neurologische und orthopädische Erkrankungen. Schwerpunktmäßig handelt es sich dabei um:

- alle Formen von Essstörungen (Magersucht, Bulimie, Adipositas)
- Burn-out-Symptomatik
- Depressionen
- chronische Schmerzstörungen
- Ängste
- posttraumatische Belastungsstörungen
- Zwangsstörungen
- nicht-organische Schlafstörungen

Kostenträger:
Polizei, DRV, Beihilfe, Krankenkassen, Private Krankenversicherer, Bundeswehr.

Wir sind im Vorfeld einer stationären Aufnahme gerne bereit, Sie hinsichtlich notwendiger Kostenübernahmebeantragungen umfassend zu beraten.

Nehmen Sie gern Kontakt auf mit unserer freundlichen Aufnahmesekretärin Frau Franz unter der kostenlosen Service-Telefonnummer 0800/619-6666 oder per E-Mail unter: pfkpyrmont@ahg.de

Sie finden uns im Internet unter: www.ahg.de/Pyrmont
Anschrift: Bombergallee 10, 31812 Bad Pyrmont





Drei neue Apps

Es hat sich bestimmt herumgesprochen, dass wir derzeit neben unserer bereits bestehenden App an weiteren Programmen für Smart-Phones und Tablett-PC arbeiten. Aktuell befinden sich drei Apps in der Produktion.

Die erste, die den „Schlaumacher“ für die Wasserschutzpolizei, also das kleine gedruckte Wörterbuch, das kürzlich auch als Print-Ausgabe in der 4. Auflage erschienen ist, in Form einer App umsetzt, ist jetzt fertig. Sie steht für IOS- und Android-Geräte (Apple und Google) zum Download in den jeweiligen Stores (Apple App-Store und Google-Play-Store) zur Verfügung.

In Anlehnung an den englischen Begriff Nautic Dictionary haben wir die **App NauticDict** genannt. Sie kann wie alle anderen Apps auch auf die Endgeräte heruntergeladen werden: Zuerst in den jeweiligen Store einloggen, dort im Suchfeld einfach nauticdict eingeben und wie üblich herunterladen. Das Endgerät sollte dabei über Kabel mit dem PC verbunden sein. Nach dem Erst-Start wird dann noch einmalig die Vokabel-Datenbank heruntergeladen. Das dauert etwa 5 bis 20 Sekunden, je nach Prozessortyp des Geräts.

Danach können nautische Fachbegriffe von Deutsch auf Englisch oder umgekehrt übersetzt werden. Daneben stehen zahlreiche hilfreiche Texte zur Verfügung. Diese können

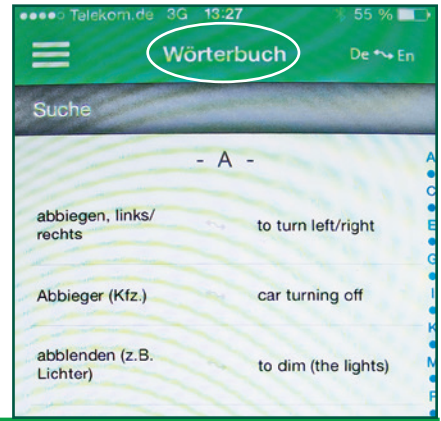
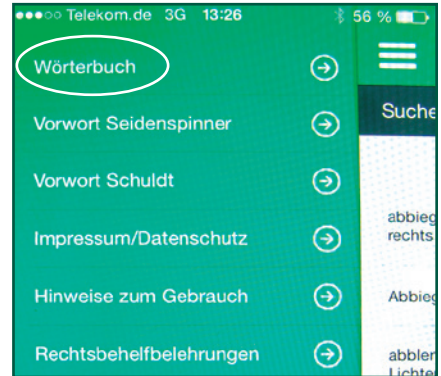
sogar per E-Mail versandt und damit auch ausgedruckt werden. Die App wurde so konstruiert, dass sie offline, also ohne in der Nähe befindliche Mobilfunk-Sendeanlagen, betrieben werden kann. Für die „seegehende“ Wasserschutzpolizei eigentlich eine unabdingbare Voraussetzung.

Wir hoffen auf viel Spaß und eine gute Unterstützung eurer Arbeit mit und durch die App und würden uns wünschen, dass die oder der eine oder andere auch eine – hoffentlich gute – Rezension in den Stores hinterlässt. Nur so kann die App im Ranking nach oben klettern. Für Hilfen, Anregungen und Beschwerden steht in der Berliner Bundesgeschäftsstelle Hans Jürgen Marker (admin-gdpapp@gdp.de) gern zur Verfügung.

Derzeit arbeiten wir an der 2. App. Dabei wird es sich um ein Programm rund um die Fahrerlaubnisse handeln – Fertigstellung voraussichtlich im Frühjahr. Die dritte App dreht sich dann ums Gefahrgut, die im Sommer reifen soll.

hjm

Screenshot: GdP



FORSCHUNG

Bericht: Polizeibeamtinnen und -beamte als Opfer von Gewalt

Seit 2012 hat das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) erneut zum Thema „Polizeibeamtinnen und -beamte als Opfer von Gewalt“ geforscht und für die Studie eine Befragung beim Einsatz- und Streifendienst der Polizei des Landes Niedersachsen durchgeführt.

1.931 Beamtinnen und -beamte erhielten einen Fragebogen. Die Rücklaufquote betrug 40,1 Prozent, die laut KFN ein hohes Interesse am Thema belegt. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) hat diese Studie mit gefordert und ständig begleitet.

Für die GdP war der stellvertretende Bundesvorsitzende und Landesvorsitzende von Niedersachsen, Dietmar Schilff, im Fachbeirat vertreten. Seine erste Bewertung: „Mit diesem Forschungsprojekt sind unsere Erfahrungen bestätigt. Es gibt kaum einen

anderen Beruf, in dem Beschäftigte so oft selbst Opfer von Gewalt werden. Die aus dem Forschungsbericht wichtigen Erkenntnisse müssen ihren Niederschlag in die polizeiliche Praxis finden. An die Politik erheben wir erneut die Forderung, aus der Untersuchung die richtigen Schlüsse zu ziehen und sich mehr für die Einsatzkräfte einzusetzen, sei es rechtlich, materiell und wertschätzend.“

Die DEUTSCHE POLIZEI wird sich in der Februar-Ausgabe intensiv mit dem Forschungsbericht beschäftigen. Er steht jetzt schon auf der Homepage des KFN als Download zur Verfügung: http://www.kfn.de/versions/kfn/assets/FB_123.pdf

DS



5. GdP-Arbeitsschutzsymposium im März in Potsdam

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) veranstaltet dieses Jahr ihr 5. Arbeitsschutzsymposium. Auf Beschluss des Geschäftsführenden Bundesvorstandes findet es am 25. und 26. März im Dorint-Hotel Potsdam statt. Wiederum dreht sich das Hauptthema um die psychischen Belastungen und Erkrankungen am Arbeitsplatz.

Im Einführungsvortrag wird sich die Präsidentin der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin, Isabel Rothe, mit der Integration der menschlichen Psyche in die Gefährdungsbeurteilung auseinandersetzen und die Frage aufgreifen, ob dieses Instrument eine hinreichende Zielgenauigkeit besitzt. Für den zweiten Leitvortrag konnte Prof. Dr. Andrea Fischbach von der Deutschen Hochschule der Polizei (DHPol) gewonnen werden. Sie überschrieb ihre Ausführungen „Psychische Belastungen in der Polizei – Harte Fakten, gefährliche Halbwahrheiten und totaler Nonsens!“ Man darf gespannt sein, ob die zarte

Besserung auf dem Burn-out-Sektor, die sich zur Jahreswende angedeutet hat, auch in der Polizei Eingang fand.

Zwischen den Referenten erhalten die Teilnehmer des Symposiums Gelegenheit, ihre Erfahrungen in die gewerkschaftliche Arbeit einzubringen. Sie sollen in vier Arbeitskreisen Empfehlungen für die politische Arbeit (nicht nur) unseres Bundesvorstandes zu folgenden Themen erarbeiten:

AK 1: Ärzte in der Polizei

AK 2: Betrachtung der Auswirkung besonderer Belastungen (Arbeit und Leben)

AK 3: Lösungsansätze zum Abbau psychischen Belastungen in der Polizei

AK 4: Betriebliche Gesundheitsförderung vs. Gesundheitsmanagement

Zum Abschluss des Symposiums wird das Mitglied des Bundesfachausschusses Schutzpolizei, unser Kollege POR Björn Neureuter, den Perspektivvortrag zum „professionellen“ Krisenmanagement in der Polizei halten. Mit diesem neuen Angebot, das (nur vermeintlich) überhaupt nicht zu den vorher gegangenen Gesundheitsbetrachtungen passen will, möchte der für das Symposium zuständige Fachbereich zu einem Thema hinführen, das Inhalt des nächsten Arbeitsschutzsymposiums werden könnte.

Den Landesbezirken stehen für die Entsendung interessierter Kolleginnen und Kollegen, die sich zu den Angeboten einbringen möchten, 80 Plätze zur Verfügung. Sie werden bei Interesse gebeten, schnellstmöglich mit den Landesgeschäftsstellen Verbindung aufzunehmen. **hjm**

INTEGRATION

„Mich überrascht die Ahnungslosigkeit der Behörden“

Ahmad Mansour ist Diplom-Psychologe. Er ist als wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Berliner Beratungsstelle „Hayat“ (was Leben bedeutet) im Zentrum Demokratische Kultur tätig, wo er gefährdete Jugendliche und deren Angehörige berät. Zudem arbeitet er als Gruppenleiter bei „HEROES“, dem Gleichstellungsprojekt von Strohalm e.V. Berlin gegen Unterdrückung im Namen der Ehre.

Herr Mansour, Sie arbeiten in Projekten, in denen Sie vor allem auf Jugendliche mit Migrationshintergrund treffen. Welchen Problemen begegnen Sie in der Arbeit, die Jugendliche in Deutschland mit sich herumtragen?

Ahmad Mansour: Ich erlebe tagtäglich deutsche Jugendliche mit familiären Einwanderungsgeschichten in der nun dritten oder vierten Generation, die nirgends recht dazugehören und eine Identität wählen müssen. Das geht auch bei vielen gut, sie sind in die Gesellschaft integriert und leisten ihren Beitrag. Nur leider nicht bei allen. Und bei diesen nehmen wir Risikofaktoren für einen gelebten Islamismus wahr, der nichts mit spirituell gelebter Religiosität zu tun hat, sondern als identitätsstiftend verstanden wird. Durch die Identifikation „Moslem“ zu sein, werden andere entwertet. Solche meist männliche Jugendliche lehnen Gesellschaft und Demokratie ab, leben Macht durch Unterdrückung aus und pochen auf ein überzogenes Ehrempfinden. Wir

erleben in den letzten Jahren eine rasante Entwicklung der Radikalisierung, die nicht nur islamistisch, sondern auch ultranationalistisch auftritt. Dies hat unter anderem mit einer empfunden Ohnmacht zu tun, nicht über das eigene Leben entscheiden und bestimmen zu dürfen. Teil der gelebten Lebensvorstellungen passen überhaupt nicht in unser demokratisches Weltbild, in dem Individualismus geschätzt, gefördert und sogar rechtlich geschützt wird.

Welche Jugendlichen möchten Sie im Projekt HEROES ansprechen?

Ahmad Mansour: Unsere Zielgruppe sind vor allem männliche Jugendliche mit Migrationshintergrund aus sogenannten Ehrenkulturen zwischen 16 und 22 Jahren. Es geht bei der Arbeit von Heroes nicht um Ausbildung oder schulisches Lernen, sondern um freundschaftliche Verbindungen und Kontakte wie zu einem großen Bruder, der begleitet. Wir wollen Vertrauen und einen Raum für Diskussionen schaffen,



eine „emotionale Reise“ anstreben. Wir treffen uns jede Woche und diskutieren über Themen wie Ehre, Partnerschaften, Jungfräulichkeit, Geschlechtsrollen, aber auch Demokratie, Menschenrechte, Diskriminierung und Ehrenkulturen. Nach einem Jahr sind unsere Jugendlichen dann anerkannte HEROES, die sich

siert wirken. Und dieses Jahr sind es meist Jugendliche mit palästinensischen Hintergrund, die sich sehr aggressiv gegen Juden äußern. Diese Jugendlichen wollen über ihre Erlebnisse reden. Und sie müssen dafür Anlaufpunkte, zum Beispiel bei Lehrern oder Hilfseinrichtungen, bekommen. Sonst werden sie von anderen Kräf-

Jugendliche mit muslimischer Prägung. Die werden so im Unterricht nicht erfasst und fühlen sich auch nicht angesprochen. Das zu ändern ist eine politische, pädagogische und vor allem gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Und ich erwarte von den Muslimischen Verbänden, sich endlich ernsthaft damit auseinanderzusetzen und innerhalb der Gemeinden diese Debatte zu führen. Antisemitismus ist und bleibt eine der größten Gefahren. Dagegen müssen wir alle etwas tun.



Jugendliche informieren sich über Ausbildungsprojekte.

Foto: Tobias Koch/ddp

wiederum für andere einsetzen sollen. Wir bieten Workshops in den Schulen und versuchen Schüler und Schülerinnen Denkanstöße zu geben, sie zum Nachdenken zu bringen und durch Rollenspiele Alternativen zeigen.

Wie beeinflussen die aktuellen Krisenlagen, sei es vergangenen Sommer im Gaza oder aktuell in Syrien und im Irak Ihre Arbeit?

Ahmad Mansour: Ich merke es vor allem in der Beratungsstelle „Hayat“. Denn die Konflikte sind eben nicht nur in Syrien und im Irak, sie sind mitten unter uns. Jugendliche radikalisiert sich hier und tragen Konflikte hier aus. In diesem Zusammenhang spielt vor allem das Internet eine große Rolle. Junge Menschen werden heute häufiger via Internet beeinflusst. Vor allem, wenn Gewalthandlungen medial in Szene gesetzt und Menschen, mit denen sie sich identifizieren können, bestialisch hingerichtet oder gefoltert werden. Wenn junge Menschen diesen zielgerichteten Bildern ausgeliefert sind, durchleben sie Traumata. Wir beobachten, dass Schüler nach der Ferienzeit regelrecht traumati-

ten angesprochen, die ihnen undifferenzierte Bilder vermitteln, die mit unseren Werten nicht vereinbar sind.

Wie hat die antisemitische Welle im Sommer auf Sie persönlich gewirkt?

Ahmad Mansour: Es überrascht mich nicht. Ich merke seit Jahren, dass Antisemitismus unter muslimischen Jugendlichen ein heftiges Problem ist. Das hängt mit dem Nahostkonflikt, Islamismus und Verschwörungstheorien zusammen. Muslime erleben Krieg vor allem untereinander. Aber während dem letzten Krieg im Gaza sehen sich die Muslime als Opfer durch Juden. Damit ist der Jude nach wie vor ein wirksames Feindbild. Das ist ja nichts Neues. Mich überrascht einfach die Ahnungslosigkeit deutscher Behörden, wenn von muslimischen Jugendlichen „Jude, Jude, feiges Schwein...!“ skandiert wird. Der Umstand sollte doch bekannt sein. Das kann er aber nicht, wenn die Schulpädagogik Antisemitismus als rein rechtsextrêmes und vor allem historisches Attribut vermittelt. Das ist falsch! Wir brauchen in Deutschland neue pädagogische Konzepte, denn in den Schulen sitzen nun mal viele

Waren Sie mit den politischen Reaktionen zufrieden oder hätten Sie sich einen anderen Umgang zur ehrlichen Aufarbeitung gewünscht?

Ahmad Mansour: Der symbolische Akt des Bundespräsidenten und der Kanzlerin war natürlich wichtig. Das reicht aber bei weitem nicht aus. Und solange sich Muslime in der Opferrolle sehen wollen, wird das nicht aufgearbeitet. Dies muss in den Communities und in den Moscheen geschehen. Aber davor verweigern sich die Verbände. Denn der Antisemitismus verbindet Muslime. Die deutsche Politik fordert diese Haltungsänderung aber auch nicht ein. Das ist verwerflich. Und auch die Mehrheitsgesellschaft muss sich mit dem Phänomen auseinandersetzen, denn nach wie vor ist Antisemitismus kein rein muslimisches Problem. Ich kann nur wiederholen, innerhalb der Schulpädagogik muss sich etwas ändern, und hier sind Fortbildungen gefragt, um Lehrer zu befähigen, aber auch Festschreibungen im Lehrplan, damit neue pädagogischen Konzepte zum Tragen kommen.

Zum Stichwort Wut junger Muslime in Deutschland: Eigentlich gibt es doch so viele Möglichkeiten, junge Menschen aus finanziell schwächeren und auch bildungsfernen Familien zu fördern, wie noch nie. Wie erklären Sie sich dann das Phänomen?

Ahmad Mansour: Nicht angekommen zu sein ist ein sehr unbefriedigender mentaler Zustand. Aus dem kann man aber etwas machen, selbst aktiv werden. Und es ist kein Mehrheitsphänomen unter in Deutschland lebenden Muslimen, in Unzufriedenheit abzudriften und andere für verantwortlich zu machen. Im Gegenteil. Gerade viele junge Muslime sind hier angekommen, studieren, werden zu Stützen in der Gesellschaft. Aber



ENGLISCH FÜR DIE POLIZEI

IT'S ALL PART OF THE JOB



- Lehrbuch -

Von **Norbert Brauner, Dieter Hamblock, Friedrich Schwindt** unter Mitarbeit von **Eva Heinrich, Michael Popp** und **Udo Harry Spörl**.

11. Auflage 2014

Umfang: 360 Seiten

Format: 17 x 24 cm, Fadenheftung, Broschur

Preis: 20,90 € [D] / ISBN 978-3-8011-0739-0

- Wörterbuch -

Von **Norbert Brauner, Dieter Hamblock, Friedrich Schwindt** und **Udo Harry Spörl**.

5. Auflage 2014

Umfang: 480 Seiten

Format: 11,5 x 17,5 cm, Fadenheftung mit Kunststoffeinband

Preis: 19,90 € [D] / ISBN 978-3-8011-0728-4

- Sprachführer -

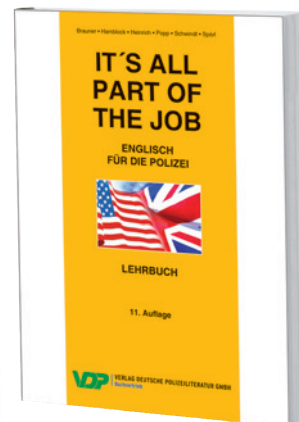
Von **Norbert Brauner, Dieter Hamblock, Friedrich Schwindt** und **Udo Harry Spörl**.

2. Auflage 2006

Umfang: 256 Seiten

Format: 17 x 24 cm, Fadenheftung, Broschur

Preis: 19,90 € [D] / ISBN 978-3-8011-0539-6



PAKETANGEBOT
Preis 45,90 €
Sie sparen 14,80 €

Seit gut 20 Jahren leistet das Lehrbuch „IT'S ALL PART OF THE JOB“ in der Polizei für den berufsbezogenen Englisch-Unterricht und für das Selbststudium wertvolle Dienste. Zu Recht gilt es unter Lehrenden und Lernenden mit sprachlichen Basiskenntnissen als ein Standardwerk in der polizeilichen Fremdsprachenausbildung.

Neben dem Lehrbuch besteht das Lehrwerk aus einem darauf abgestimmten Wörterbuch und einem Sprachführer.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de · www.VDPolizei.de

Weitere Informationen, Leseprobe und Bestellmöglichkeit unter: www.VDPolizei.de



Foto: privat

Interviewpartner Ahmad Mansour

es gibt leider auch genug andere. Und leider macht Deutschland viele Fehler, die desintegrativ wirken. Da ist beispielsweise der Asylbewerber, der nicht arbeiten darf, oder Menschen, die Jahre, manchmal sogar Jahrzehnte lang einen ungeklärten Aufenthaltsstatus haben. Wenn die Eltern nicht im Arbeitsmarkt integriert sind, dann lernen die Kinder, dass das Geld vom Amt kommt. Dies gepaart mit patriarchalischen Familienstrukturen lässt eine wirkliche Integration in die Gesellschaft nicht zu. Und in einem bestimmten Maße machen die meisten Menschen mit Migrationshintergrund Erfahrungen mit Diskriminierung. Das muss aufhören, wir alle sollen endlich begreifen, dass wir in einer vielfältigen Gesellschaft leben. Aber auch hier entscheiden die Menschen selbst, wie sie die wahrnehmen wollen. Ich bin selbst auch schon ausländerfeindlich beschimpft worden. Na und? Ich lasse mich nicht rassistisch diskriminieren, denn ich identifiziere mich nicht mit irgendwelchen Beschimpfungen und ich reduziere meine Wahrnehmung auch nicht darauf, dass es in Deutschland Rassismus gibt. Es ist jedoch einfach, das eigene Versagen, das ganze Unwohlsein und die Frustration auf jeden anderen schieben zu können, nur nicht auf sich selbst.

Was bräuchten wir aus Ihrer Sicht?

Ahmad Mansour: Wir sollten die Haltung annehmen, um jeden einzelnen

zu kämpfen. Für die Demokratie, für ein Miteinander. Und wir sollten die Haltung einnehmen, dass jeder junge Mensch es wert ist, für ihn zu kämpfen. Mehr in die präventive Arbeit investieren, neue Ansätze ausprobieren. Und wir müssen fordern. Menschen, die keine Arbeit finden, sollten etwas für andere tun müssen, zum Beispiel ältere Menschen pflegen oder sich für das Allgemeinwohl engagieren. Das gilt vor allem für Jugendliche. Diese nehmen zu sehr die Resignation und Frustration in ihrem Umfeld an, außerdem sind sie anfällig für falsche Vorbilder. Wer Geld vom Staat haben will, muss etwas im Sinne der Gesellschaft tun. Im Gegenzug dazu darf niemand schlechter gestellt sein und weniger Chancen haben, weil er aus dem Stadtteil Neukölln kommt. Es gibt also viele Punkte, an denen wir ansetzen sollten.

Die Schlachten zwischen der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) und vor allem den Kurden haben auch in Deutschland zu Krawallen geführt. Erst zwischen Kurden und Islamisten und dann durch Rechtsextremisten und die als unpolitisch geltenden, aber gewalttätigen Hooligans, die angeblich gegen Salafisten protestieren wollten, in Köln jedoch besonders Polizisten angegriffen haben. Sehen Sie politische Versäumnisse, die es soweit erst haben kommen lassen?

Ahmad Mansour: Definitiv! In Deutschland existiert eine unglaubliche Scheu, Themen wie islamistischer Extremismus oder die Kriminalität von Jugendlichen anzusprechen und unnachgiebig zu behandeln. Wir dürfen aber diese Themen nicht den Rechtsextremen überlassen. Natürlich wollen wir Minderheiten nicht verletzen oder diskriminieren oder Vorurteile verbreiten. Aber wenn die Politiker und wir alle wegschauen und die bestehenden Probleme schön reden, überlassen wir die Ängste der Bürger den Rechten. Und das ist ganz klar falsch und gefährlich.

Wo sehen Sie dringenden Handlungsbedarf?

Ahmad Mansour: Zum einen innerislamisch. Wer immer von „Dialog“ spricht, muss ihn auch innerhalb der eigenen Reihen führen. Zudem sollen die muslimischen Verbände endlich aus ihrer Opferrolle heraus-

kommen. Themen wie Angstpädagogik, Tabuisierung der Sexualität und Buchstabenglauben fördernden Extremismus müssen diskutiert werden. Das fördert das Miteinander überhaupt nicht und ich glaube auch nicht, dass dies tatsächlich gewollt ist. Die Politiker müssen begreifen, dass dieser in Deutschland sehr vehement vertretene Islam anders und vor allem politisch ausgerichtet ist. Und in einer solchen Form schadet er diesem Land, denn die gelebten Regeln sind nicht selten mit den Werten einer Demokratie unvereinbar.

Während die Polizei in ihrer Führung und ihrer Funktion als Ordnungshüter immer wieder kritisiert wird, fühlen sich die Polizisten zunehmend als menschliche Prellböcke ohne politischen Rückhalt. Wie erleben Sie die Polizeiarbeit in Deutschland? Wo sehen Sie Veränderungsbedarf angesichts aktueller und kommender Konflikte?

Ahmad Mansour: Die Polizei hat eine fundamental wichtige Aufgabe in der Gesellschaft. Ich bin froh, in einem Land zu leben, das eine solche Polizei hat wie in Deutschland. Die nicht durch ein Regime gesteuert ist. Die keine Menschenrechte mit Füßen tritt. Ich selbst arbeite mit der Polizei sehr gut zusammen. Und dafür bin ich dankbar. Aber die Polizei muss in der Lage sein, reagieren zu können. Dafür bedarf es den politischen und gesellschaftlichen Rückhalt. Und es bedarf sicher auch einer Anpassung der Lerninhalte in der Polizeiausbildung, um Polizeianwärter und -anwärterinnen auf die komplizierte Realität vorzubereiten. Sie müssen sehr schnell, sehr komplexe Zusammenhänge begreifen und erkennen können, wer gegen wen und warum. Ich würde mir zudem mehr Präventions- und Aufklärungsarbeit im Bereich der Jugendkriminalität wünschen, vor allem von Polizisten mit Migrationshintergrund. Allerdings bleibt für solche wichtigen Themen wenig Platz in der täglichen Arbeit, denn die Polizei soll mit weniger Personal mehr bewältigen. Ich halte das für einen Fehler.

Danke für das Interview.

Das Gespräch führte DP-Autorin Dorothee Dienstbühl, Hochschule Darmstadt.



Im Einsatz – im Thema.

POLIZEI PRAXIS



Das erfolgreiche Fachmagazin
POLIZEIPRAXIS
jetzt auch online erleben!

Informieren Sie sich über die neuesten Entwicklungen zu Einsatzmitteln für die Polizei unter

www.POLIZEIPRAXIS.de

und melden Sie sich für den Newsletter an!

Unter allen Anmeldungen für unseren Newsletter, die vom 01.01. - 31.01.2015 erfolgen, verlosen wir fünf

Polizeiteddy-Schlüsselanhänger

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



Vom Eigenheim ins möblierte Zimmer

Von Thomas Gesterkamp

Das Leben in den Großstädten ist meist erheblich teurer als im ländlichen Raum. Nicht nur die Mieten, auch die Preise für Nahrungsmittel und andere Konsumgüter liegen höher. Das in aktuellen Studien bestätigte Kaufkraftgefälle belebt die Debatte darüber, ob regionale Zulagen notwendig sind.

Wenn Polizeibeamte, die bisher an der deutsch-polnischen Grenze tätig waren, zum Dienst am Frankfurter Flughafen versetzt werden, wirkt das wie eine massive Gehaltskürzung. „Da will keiner hin, weil das Leben im Rhein-Main-Gebiet viel mehr kostet als in Vorpommern oder Ostachsen“, weiß Hartmut Kühn. Der GdP-Geschäftsführer für den Bezirk Bundespolizei kennt die Klagen darüber, dass ein Euro nicht überall den gleichen Wert hat. „In Bautzen oder Schwedt wohnen unsere Kollegen im eigenen Haus und fahren einen großen Audi, in Frankfurt oder Mainz müssen sie sich mit 60 Quadratmetern und einem Kleinwagen begnügen.“

Bei den Bewohnern vieler Großstädte bleibt vom Verdienst immer weniger übrig. Das Risiko, in die Armut abzurutschen, ist dort erheblich wahrscheinlicher als in den meisten ländlichen Regionen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Untersuchung des arbeitgebernahen Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW). Die Forscher wählten dabei eine andere Betrachtungsweise als die bisherigen Studien zur Verteilung von Arm und Reich. Sie verglichen nicht einfach das Einkommensniveau, sondern berücksichtigten das regionale Preisgefälle, das zu einer entsprechend unterschiedlichen Kaufkraft führt.

Stadt-Land statt Ost-West

Auf jeder Reise kann man erleben, dass schon die Dinge des täglichen Lebens innerhalb Deutschlands unterschiedlich viel kosten. Ein Mittagessen in einem bäuerlichen Gasthof in Niedersachsen oder Brandenburg ist in der Regel billiger als in der Innenstadt von Hamburg oder Stuttgart. Im statistischen Mittel liegen die Verbraucherpreise in den Großstädten um gut sechs

Prozent über denen auf dem Land; in Ostdeutschland sind sie um sieben Prozent niedriger als im Westen. Ein Alleinstehender in München braucht 1.030 Euro im Monat, um sich genauso viel kaufen zu können wie ein durch-

wer weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens zur Verfügung hat. Für ein Paar mit zwei Kindern liegt die Vergleichszahl bei 1.830 Euro, für kinderlose Paare bei 1.300 Euro monatlich. Berechnet man auf diese Weise die Verdienstdifferenzen, teilt sich Deutschland wie vor 25 Jahren in alte und neue Bundesländer. Berücksichtigt man aber die regionalen Preisunterschiede, ergibt sich ein verändertes Bild: Aus dem Ost-West- wird eher ein Stadt-Land-Gegensatz.



Mieten in Ballungsräumen oder ...

Foto: ddp

schnittlicher Bundesbürger mit 870 Euro. Im sächsischen Vogtland oder im Kreis Stendal (Sachsen-Anhalt) reichen dagegen schon weniger als 800 Euro.

870 Euro gelten als die sogenannte Armutsgrenze. Als arm gilt nach einer Definition der Europäischen Union,

Mietgefälle

Nur 14 Prozent der ländlichen, aber 22 Prozent der städtischen Bevölkerung gelten der IW-Studie zufolge als „kaufkraftarm“. Das liegt vor allem an den steigenden Kosten für das Wohnen. Nach Daten des Immo-





... Mieten in Kleinstädten

Foto: Juergen Wiesler/ddp

lienverbands Deutschland und des Statistischen Bundesamtes schwankten die Mieten im vergangenen Jahr zwischen 12,53 Euro pro Quadratmeter in München und 3,27 Euro in Wunsiedel im Fichtelgebirge. Oberbayern, das Rhein-Main-Gebiet sowie die Großräume Hamburg, Stuttgart und Köln/Düsseldorf haben das höchste Niveau. Weniger als die Hälfte davon müssen Mieter zum Beispiel im Bayerischen Wald, in Nordhessen oder in der Uckermark zahlen. Mit der Mietpreisbremse, einem Gesetz, das die Steigerungsraten begrenzt, will die Bundesregierung den Trend in den florierenden Regionen stoppen.

Junge Menschen, so beobachten Bevölkerungsforscher, wandern verstärkt vom Land in die Städte ab. Während ländliche Gebiete teilweise veröden, bleibt der Wohnraum in den gefragten Ballungsräumen knapp. Fast zwei Drittel der Bundesbürger besitzen, in auffälligem Gegensatz zu den meisten Nachbarländern, kein Wohneigentum. Im Schnitt gehen inzwischen 35 Prozent der privaten Konsumausgaben für Miete und Nebenkosten drauf, in manchen Regionen sind es sogar mehr als 40 Prozent. Folgen hat das vor allem für die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen.

Müllmänner und Handwerker, Erzieherinnen und Altenpflegerinnen, aber auch Polizeibedienstete auf den unteren Besoldungsstufen können sich das Leben in manchen Regionen nicht mehr erlauben. Anders als in der Privatwirtschaft, wo Löhne und Ge-

hälter die unterschiedlichen Preisniveaus teilweise ausgleichen, erhalten Staatsbedienstete im Prinzip überall das gleiche Geld. Es gibt geringfügige Schwankungen je nach Bundesland, manche Berufsgruppen erhalten Zuschläge. Doch eine systematische und regelmäßige Anpassung der Einkommen an die Kaufkraft vor Ort findet nicht statt.

Soziale Spaltung

Im Jahr 2008 forderte die Gewerkschaft der Polizei nach umfangreichen Recherchen deshalb eine „Ballungsraum-Zulage“. Der damals verwendete Begriff war missverständlich, denn es gibt „auch hochpreisige ländliche Regionen, zum Beispiel Friedrichshafen“, betont Bundespolizei-Geschäftsführer Kühn. Ein Beamter, der in der Nähe der Schweizer Grenze eingesetzt wird, kann sich weniger leisten als sein Kollege an der Grenze zu Dänemark. In Kassel oder Magdeburg liegen die Mieten niedriger als in Oberschwaben oder Südbaden. Ein generelles Kaufkraftgefälle zwischen den Ballungsgebieten und der Provinz existiert also nicht. Man muss genau hinschauen – und zudem berücksichtigen, wie stark die soziale Spaltung innerhalb der einzelnen Großstädte ausfällt.

Die IW-Studie listet jene Kommunen auf, wo sich „regionale Armut“ ballt – und kommt dabei keineswegs durchgehend auf die üblichen Verdächtigen. Im Ruhrgebiet und in manchen Ge-

genden Ostdeutschlands zum Beispiel ist das Verhältnis der Einkommen zu den örtlichen Preisen vergleichsweise moderat. Eng wird es für Niedriglöhner in jenen Ballungsgebieten, in denen Reichtum und Armut nah beieinander liegen. Durch eine ausgeprägte soziale Polarisierung gekennzeichnet sind der Untersuchung zufolge etwa Berlin, Köln und Frankfurt am Main. Dort gibt es wohlhabende Schichten, die gute Einkommen haben, aber zugleich einen relativ hohen Anteil an Geringverdienern. Weil die sich die Wohn- und Lebenshaltungskosten nicht mehr leisten können, müssen sie umziehen und lange Wege zurücklegen, um zu ihren Arbeitsplätzen zu gelangen.

Ein extremes Beispiel ist München, seit langem die Großstadt mit dem höchsten Mietniveau in Deutschland. Allein von 2008 bis 2013 sind die Preise dort um 37 Prozent gestiegen. „Unsere Kollegen pendeln aus der Oberpfalz oder aus Niederbayern hierher“, sagt Michael Bogatzki, Vorsitzender der örtlichen GdP-Betriebsgruppe. „Weil die Herkunftsorte meist zu weit weg sind, um täglich zu fahren, suchen die sich dann einen Schlafplatz.“ Die Polizeibediensteten leben provisorisch in möblierten Zimmern oder bilden gemeinsam mit zwei, drei anderen eine Wohngemeinschaft. Trotzdem geht pro Kopf „unter 350 Euro monatlich so gut wie gar nichts“,

Anzeige

THOMAS BROCKHAUS
Automobile und mehr

Wir liefern Fahrzeuge fast aller Fabrikate mit **TOP RABATTEN**.
Inzahlungnahme möglich. % % % %

Informieren Sie sich!
Telefon: (02207) 76 77

www.fahrzeugkauf.com

www.polizeifeste.de

Alle Polizeifeste
der GdP auf einen Blick!



weiß Bogatzki, „die Vermieter langen schon ordentlich hin“.

Wenig Ausgleich

Ein Problem der betroffenen Beamten: Am Einsatzort herrscht Residenzpflicht, zumindest ein zweiter Wohnsitz muss dort gemeldet sein. Außerdem liegt der Mindestaufenthalt für junge Kollegen bei fünf, teilweise auch bei zehn Jahren. Eine schnelle Rückkehr in die preisgünstigere Heimat ist also unmöglich. „Sobald es machbar ist, möchten die aber schnell wieder nach Hause“, berichtet Bogatzki. Das führe zu einer starken Fluktuation bei den etwas älteren Polizisten. „Ausgerechnet wenn die sich richtig eingearbeitet haben und vor Ort gut auskennen, gehen die wieder weg“ Auf diese Weise gehe „Erfahrungs-

wissen flöten, dass wir gerade in den großen Städten dringend brauchen“.

Die bisherigen Versuche, das Problem zu lösen, hält Münchens GdP-Vorsitzender für unzureichend. 75 Euro brutto mehr, der derzeitige Gehaltszuschlag im Raum München, sei nach Abzug der Steuern „fast nichts, 250 bis 300 Euro müssten es schon sein“.

Die Gewerkschafter seien darüber mit der Landesregierung im Gespräch, doch „bisher ohne Erfolg“. Die Politik, fordert Bogatzki, müsse auch auf der Einkommenseite etwas tun, um das Kaufkraftgefälle auszugleichen – und dabei nicht nur die teuren Ballungsgebiete in den Blick nehmen. Denn ähnlich wie am Bodensee oder an der norddeutschen Küste gibt es auch in Oberbayern touristisch geprägte ländliche Räume, in denen das Leben besonders kostspielig ist: „Garmisch-Par-

tenkirchen zum Beispiel, beschwerten sich die Kollegen, sei genauso teuer wie München.“

Kompensationen wie bei privaten Arbeitgebern, die höhere Lebenshaltungskosten durch höhere Einkommen ausgleichen, fehlen in der vergleichsweise starren Beamtenbezahlung. Es gibt in Deutschland zwar geringfügige Unterschiede bei der Bezahlung von Polizisten, weil die Tarife auf Länderebene verhandelt werden. Doch das ist keine Problemlösung im Umgang mit den regionalen Preisdifferenzen. Als positives Beispiel verweist Hartmut Kühn vom GdP-Bezirk Bundespolizei auf die Regelung bei Auslandseinsätzen: Wer in teuren Metropolen wie London oder Paris die deutschen Botschaften schützt, kann mit einem entsprechenden finanziellen Ausgleich rechnen.

Reise & Erholung



Sommer Abenteuer bei uns
TOP ANGEBOT
 Canyoning & Raftingtour
 1x grillen am Lagerfeuer und
 2 ÜF / Pension, DU-WC
 Preis pro Person ab € 161
 Ermäßigungen f. Polizeigruppen

office@rafting-oetztal.at
 www.rafting-oetztal.at
 Telefon: 0043 5252 6721

mallorca-sa coma, Komf. Fewo., 4 Pers.,
 € 45-€89. www.mallorca-apartment.jimdo.com

SPANIEN: Costa Dorada
 Südl. Tarragona – Miami Platja

Preisgünstiger Urlaub im Ferienhaus, 4 bis 5 Pers., in kleiner gemütl. deutsch. Ferienanl. mit großem SW-Pool, Grill, Gästebar mit TV. Hunde sind willkommen.

E-Mail: los-vagos@gmx.net
 Infos: www.los-vagos.de
 Tel.: 0034 977 170529

Fehmarn/Ostsee
 2-Raum-FeWo. für 4 Pers.,
 am Südstrand,
 50 m z. Promenade, Kabel-TV
 Preise gem. Saison
Telefon: 040/6784581
www.fehmarn4family.de



Gardasee – Ferienhaus

Herrliche Lage, traumhafter Seeblick, mitten im Naturpark „Alto Garda“, eig. Garten, große Terrasse, 2 komfort.Whng. komplett einger. (Sat-TV, Kü./Bad/Zentr.-Heiz.). Wellness können wir Ihnen nicht bieten aber ital. Ambiente und eine Traumlandschaft f. Wanderer, Biker u. Surfer, Baden im See. Sie wären nicht der Erste, der immer wiederkommt. Für Polizei u. Angehörige bis **15% Rabatt**. Hausprospekt unter:
 Tel.: 0821-9069042 oder 08231-88369
 Mail: ru-ho@t-online.de
 www.casa-bellavista-ferienhaus.de

TIROL: ISCHGL – SEE – Paznauntal
„Wintertraum“
 Romantisch, traumhaft gelegenes, sehr gepflegtes 3-Sterne-Haus und eine der besten und größten sowie schneesichersten Schiregionen der Alpen (bis ca. 2900 m Seehöhe u. ca. 350 Pistenkilometer sowie garantierter Schibetrieb von November-Mai) lädt zum Verweilen ein.
„Top-Qualität zum sehr günstigen Preis“
 Info: Hotel Garni Bergwelt, A-6553 See 19
 Fam. E. u. A. Walsler
 Tel. 0043-5441-8397
 E-Mail: bergwelt@aon.at
 Homepage: www.bergwelt-see.at

Franken bei Bamberg, eigene Metzgerei. Waldreiche Gegend, Lift, 75 Betten, Menüwahl, HP 5 Tage ab 155,- €, Gruppenangebote anfordern. Tel. 0 95 35/2 41, www.zur-sonne-urlaub.de

Mittlerer Schwarzwald
 Exkl. eingerichtete Komfort-Fewos, 50-90 m², für 2-6 Pers., ab 40 €/Tag, (Inklusiv-Preise). Genießen Sie in unserem Schwarzwaldtal viele interessante Ausflugsmöglichkeiten (z. B. Europapark, Kaiserstuhl, Vogtsbauernhöfe, Triberger Wasserfälle) in nächster Umgebung und **Natur pur**. Hausprospekt unter
 Tel. 0 78 23/9 65 65, Fax 9 65 66
 Machen Sie sich ein Bild unter
www.mittelschwarzwald.de
 Sie werden begeistert sein!

MAURITIUS, LUXUSANLAGE VON PRIVAT
 Ab € 79,- p. P. / Tag / HP. 0 21 58-40 08 05
 www.mauritius-traumvilla.de

Bayerischer Wald, komf. FeWo**** v. Kollegen ab 2 Pers., ab 30 €/Tag, 9348 5 Rimbach, Tel./Fax: 0 99 41/7118, **www.ferienwohnung-gammer.de**



Top Angebot

Action, Abenteuer - prickelnd anders

1x Rafting & Canyoning
1x Grillplatte & Foto CD
2x ÜF / Pension DU-WC
pro Person nur € 149,00

CANKICK erlebens anders
www.cankick.at
info@cankick.at
Tel +43(0)5252 / 20038



„Mythos und Fluch! Selbstoptimierung“

Von Jörg K. und Anja Unkrig

Erfolgreicher, schöner, glücklicher: Coaches, Ratgeberbücher oder Glücksanleitungen entwerfen ein Bild vom „Menschen ohne Schwächen“ – doch das führt allzu oft an der Realität vorbei und geht auf Kosten des sich selbst Optimierenden. Die Autoren sind sich sicher, dass in der heutigen Arbeitswelt allzu oft zu viel Wert nur auf fachliche Aspekte gelegt wird, und die Beschäftigung mit sogenannten Soft Skills wie Empathie, Wertschätzung, Verbundenheit und Selbstwert nach wie vor in den Hintergrund treten, obwohl landauf, landab genau das Gegenteil seit Jahren propagiert wird.

Nach einem Artikel über Achtsamkeit bekam Jörg Unkrig eine Vielzahl von persönlichen Rückmeldungen. In einigen kam immer wieder der Begriff der „Selbstoptimierung“ vor, die als eine Art der Achtsamkeit empfunden wird. Diese Ansicht teilt der Autor jedoch nicht, sondern sieht dieses „Tool“ eher als einen Teil einer Argumentation (extern und intern), um die eigene Leistungsfähigkeit zu steigern und sich selbst zu optimieren oder gar zu perfektionieren und – daraus resultierend – als einen negativen Trend. Warum er und seine Co-Autorin das so sehen, lesen sie nachfolgend.

Noch vor einigen Jahrzehnten ging unser Leben noch so: Geburt, kurze Kinder- und Jugendzeit, Schule, Beruf, Familie gründen und gut. Heute ist lebenslanges Lernen angesagt und Stimmen, die uns sagen, dass alles doch noch viel besser sein könnte: der Job, der Partner, das Leben, aber vor allem wir selbst.

Business-Coaches und andere sprechen immer häufiger von Selbstoptimierung. Fertig ist oder wird man danach nie. Ratgeber oder Zeitschriften suggerieren mit Themen wie „schlank und erfolgreich“, „glücklicher leben“ oder „Bauch weg in drei Tagen“ das alles nur eine Frage der richtigen Methode oder der eigenen Disziplin sei. Und aus dem (Leistungs-)Sport kennen wir Optimierung oft unter dem Begriff der Leistungssteigerung oder deutlicher: des Dopings.

Optimierung um jeden Preis

(...) Brian Fabian Crain, Programmierer und Doktorand der Psychologie, 27 Jahre alt, braucht nur Sekunden, um das schlechte Gewissen seines fehlbaren Gegenübers zu aktivieren. Er nippt am grünen Tee, Kaffee lehnt er ab. Sein blonder Fünftagebart ist perfekt gestutzt, das Gebiss strahlend

weiß, der Körper schlank und durchtrainiert. Crains Ziel ist es, ein besserer Mensch zu sein. Wie, das beschreibt der Berliner so: „Mehr und besser arbeiten, gesünder sein und glück-

Welche Überschrift soll mein Leben haben?

licher, eine gute Beziehung führen und die Zeit besser verbringen. Kurz: Ich will mir bewusst sein, wie ich lebe.“ (...) Das Beispiel, das Julia Friedrichs in ihrem Artikel „Das tollere Ich“ in der Zeitung „Zeit“ vom August 2013 verwendet ist bestechend, suggeriert es doch „höher, schneller, weiter“ ist besser, zumindest aber erstrebenswert und durch die Optimierung der eigenen Person so simpel und einfach. Aber ist optimierter tatsächlich gleichzusetzen mit glücklicher oder geht es denn wenigstens mit mehr Wohlbefinden einher?

Wir stehen unter dem Druck uns in jeder Hinsicht zu verbessern. Dieser Druck entsteht einerseits von außen, zum Beispiel durch Vorgesetzte um uns höhere Leistungen abzufordern, andererseits aber auch von innen, also aus uns selbst heraus. Dieser Wille nach ständiger Verbesserung führt aber im Weiteren oft zu Überforderung der eigenen Person. Optimieren ist kein Begriff, der ur-

sprünglich aus dem Bereich der Humanwissenschaft kommt, sondern aus dem technischen Bereich, wenn es galt Maschinen zu verbessern. In den letzten Jahren ist aber ein regelrechter Optimierungswahn zu verzeichnen. Unter anderem, weil sich damit gutes Geld verdienen lässt. Trainer und Berater versprechen uns häufig das Goldene vom Himmel. Und allzu gerne nehmen wir es an. „Du bist für das Erreichte allein verantwortlich“ oder „sei deines Glückes Schmied“ liest man in ihren Anzeigen. Meist schnell zu erlernen in einem Wochenendseminar oder – noch praktischer – verbunden mit einem Urlaub auf Mallorca. Auch wenn es darunter seriöse und sinnvolle Angebote geben kann, ist das Ganze doch eben nicht einfach. Persönliche Entwicklung benötigt besonders eines: Zeit!

Heute sind die privaten und beruflichen Anforderungen oder Herausforderungen überaus komplex. Blickt man die letzten zwei Jahrzehnte zurück und geht davon aus, dass die

Entwicklung annähernd so voranschreitet, wird unser

Leben sogar noch weiter deutlich an Komplexität zunehmen. Bestimmt aber sind die nächsten Generationen davon betroffen.

Die Erwartungen, die wir an uns selbst stellen und die, die andere an uns stellen, sind häufig unerfüllbar, ja manchmal fast absurd. Jedes nur mittelmäßig erfolgreiches Leben ist doch ein Synonym für unser individuelles Versagen. Mittelmaß ist zumindest langweilig, obwohl wir wissen, dass gerade Mittelmaß oft eigentlich das Optimum darstellt, z. B. bei einer lebenslang gesunden Ernährung oder sportlichen Betätigung. In vielen Bereichen sind extreme Leistungen tendenziell eher der Gesundheit abträglich und kontraproduktiv, geschweige denn, dass man sie über einen wirklich längeren Zeitraum durchhalten kann.

Also was tun?

In der Tat gibt es keine einfachen Lösungen. Als Mensch, als soziales



RATGEBER

Wesen kann man sich den Anforderungen anderer eben nicht so einfach entziehen. Wir machen uns Ansprüche und Wertvorstellungen von anderen aber allzu oft zu schnell und zu wenig reflektiert zu Eigen. Daraus entsteht dann unnötiger Druck.

Druck, egal ob von außen oder von innen, führt immer zu einer Verengung der Perspektiven und Möglichkeiten; macht uns blind für Auswege und Lösungen. Fast in jeder Situation können wir aber selbst etwas tun, um wieder in den Gleichklang unseres Lebens zu kommen.

Dazu gehört, dass man sich bewusst machen muss, ob man etwas verändern kann oder nicht. Getreu dem Motto „Love it, change it or leave it“. Der Bestsellerautor und Motivations-

coach Reinhard Sprenger hat einmal geschrieben, dass man jeder Situation entgegenkommen kann. Wenn man also mit seinem Job unzufrieden ist, kann man ja letztendlich auch kündigen. Stimmt zwar, vergisst aber, dass wir nicht nur für uns selbst verantwortlich sind, sondern auch noch für andere Menschen (z. B. Familie) in unserem Umfeld. Es geht also im Bedarfsfall nicht darum, das große Ganze zu verändern, sondern mit Kleinigkeiten zu beginnen. Also nicht um Selbstoptimierung, sondern um Reflektion und dadurch um Weiterentwicklung. Es ist schon ein guter Anfang und ein großer Schritt, zu wissen was man nicht will. Es gibt immer einen, der es macht, aber auch immer einen, der es mit sich machen lässt. Also auch mal „Nein“ sagen, anstatt immer nur „Ja“. Umzuschalten vom Autopiloten auf bewusste Selbst-

steuerung. Man muss sich eben nicht auf jedes Projekt stürzen, und damit meine ich auch das Projekt „ich“. Sie müssen es eben nicht jedem recht machen.

Ein bekannter Regisseur soll einmal gefragt haben: „Welche Rolle wollen sie in ihrem Lebensfilm spielen: die des Helden oder die des Opfers?“

Fangen sie also noch heute an, sich selbst Fragen zu stellen und suchen sie nach Antworten.

- Welche Überschrift soll mein Leben haben?
- Was treibt mich an?
- Wenn ich drei Wünsche frei hätte, welche wären es?
- Was tue ich mit Leidenschaft?
- Wofür würde ich alles geben?
- Wovor habe ich Angst?
- Wie wäre es, wenn alles so bliebe, wie es ist?

Kapitalmarkt

■ Beamtendarlehen ab 10.000 € - 120.000 €
 ■ Extra günstig vom Spezialisten
 ■ Umschuldung: Raten bis 50% senken
 ■ Baufinanzierungen günstig bis 120%
0800 - 1000 500 Free Call
 Wer vergleicht, kommt zu uns.
 Seit über 35 Jahren.



Deutschlands günstiger Autokredit
3,95% effektiver Jahreszins
 5.000 € bis 50.000 €
 Laufzeit 48 bis 120 Monate
 Repräsentatives Beispiel nach §6a PAngV: 30.000 €, Lfz. 96 Monate, 3,95% eff. Jahreszins, fester Sollzins 3,88% p.a., Rate 365,- €, Gesamtkosten 34.928,25 €

AK FINANZ
 Kapitalvermittlungs-GmbH
 E3, 11 Planken
 68159 Mannheim
 Fax: (0621) 178190-25
 Info@AK-Finanz.de

Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D. / Berufssoldaten / Akademiker
 Außerst günstige Darlehen z.B. 40.000 € Sollzins (fest gebunden) 4,4%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 555 €, effektiver Jahreszins 4,50%, Bruttobetrag 46.620 €, Sicherheit: Kein Grundschuldentrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, kleine Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens-, Renten- oder Restschuldversicherung.

www.Autokredit.center www.AK-Finanz.de

Beamtenkredite für Beamte auf Lebenszeit, Beamte auf Probe und Tarifbeschäftigte im Öffentlichen Dienst

www.kredite-fuer-beamte.de

oder fordern Sie Ihr persönliches Angebot telefonisch an unter 0800-500 9880

credimax
 Erfolg und Erfahrung seit über 23 Jahren!

Spezialdarlehen für Beamte und den Öffentlichen Dienst

- Kostenlose Bearbeitung
- Von 1.000 bis 120.000 €
- Auch bei schlechter Bonität
- Umschuldung – Raten bis zu 50% senken

Beamten Kredit

Kostenlos anfragen:
www.credimax.de

Hypotheken, Beamten- u. Angestelltendarlehen
Forwarddarlehen, Ratenkredite
 Lösen Sie teure Kredite ab und senken Sie die monatlichen Kosten.
 Individuelle Beratung und beste Konditionen vermittelt:
IFS Hans-Joachim Janke
 Königswall 1 • 44137 Dortmund
www.ifs-janke.de • Tel. 02 31/9 14 51 45

!SOFORTKREDITE!
 vermittelt
PECUNIA GmbH seit 1980
Tel. 02 01/22 13 48
 Ablösung teurer Kredite u. Girokonten Kredite bis zum 80. Lebensjahr
 Ohne Auskunft bis 10.000 €.
 45127 Essen • Gänsemarkt 21
www.pecunia-essen.de

Darlehen für: Beamte auf Lebenszeit/Probe • Angestellte • Pensionäre bis 58 Jahre • alle Tarifbeschäftigte im öffentl. Dienst

TOP - KONDITIONEN
www.beamtendarlehen-center.de
 Kostenlose Sofortberatung: ☎ 0800 - 77 88 000



Finanzvermittlung Jürgen Jaeckel · Am Husalsberg 3 · 30900 Wedemark · Mail: jaeckel@beamtendarlehen-center.de



Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!

www.1a-Beamtendarlehen.de

Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD



0800-040 40 41

Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren

NÜRNBERGER
 Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung
 Andreas Wendholt
 Prälat-Höing-Str. 19 • 46325 Borken-Weselo





Autorenteam: **Anja Unkrig** ist Kommunalbeamtin und Trainerin sozialer Kompetenzen an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung. Im Studium zur Personalreferentin und als Personaltrainerin trifft sie immer wieder auf Menschen, die sich selbst optimieren wollen.

Kriminaldirektor Jörg K. Unkrig ist Referent und Sozialer Ansprechpartner im Ministerium für Inneres und Kommunales NRW (MIK NRW), Dozent für soziale Kompetenz und Kommunikation an der Fachschule für öffentliche Verwaltung sowie an der Fortbildungsakademie des Landes NRW sowie Blogger im Kommunikationsbereich.



Fotos: privat

Schauen sie sich ihre ganz persönlichen Antworten an und nehmen sie diese als Start- und Orientierungspunkt.

Und es ist wieder an der Zeit für das gute alte Prinzip „eins nach dem anderen!“ und eben nicht alles auf einmal. Nicht Selbstoptimierung, sondern Selbstentwicklung ist „state oft he art“.

Ein wirkungsvoller Trick zum Schluss

Was kann man machen, um mit sich selbst zufriedener zu sein? Gerade bei Eigenarten, Charakterzügen oder Äußerlichkeiten, die man aber so gar

nicht an sich mag? Ist optimieren die Lösung?

Ein einfacher Trick besteht darin, sich zu fragen, wie man diese Schwäche (neudeutsch: Entwicklungspotenzial) bei jemand anderem empfinden würde.

- Findet man bei einem anderen Menschen eine markante Nase auch so abstoßend? Oder denkt man vielleicht: „Mmmh, ein klassischer Typ!“ Fallen einem vielleicht ein paar Schauspielerinnen (Barbara Streisand u.a.) ein, die eine ausgeprägte Nase haben und die gerade wegen ihres besonderen Aussehens so gut ankommen?
- Empfindet man es bei einem anderen auch als so schlimm, wenn jemand sich ereifert? Oder ist das dann ein

leidenschaftlicher Mensch, der total authentisch rüberkommt?

- Findet man es bei anderen störend, wenn es dort etwas unordentlich ist? Oder ist das für uns nicht vielleicht sogar ein bisschen gemütlicher und fühlt sich ungezwungen an?

Machen Sie das ab und an. Fragen Sie sich, wie Sie das was Sie an sich nicht mögen, bei anderen sehen würden. Meist ist das Ergebnis: „Halb so schlimm“ oder „der/die steht zu seinen/ihren Schwächen, ist authentisch“/„verstellt sich nicht“. Und: „Ich mag den Menschen trotzdem oder gerade deshalb!“

Wenn Sie es mal so probieren werden Sie schnell merken, Ecken und Kanten zu haben ist manchmal auch einfach nur schön!

REISE

GdP-Reisen nach Israel – ein wirklich tolles Erlebnis!

Der Anmeldezeitraum für die sehr begehrten Reisen mit der GdP nach Israel läuft! Unser Foto zeigt Wanderungen der GdP-Outdoor-Gruppe in der Judäischen Wüste am Toten Meer.

Für die diesjährige GdP-Israel-Outdoor-Tour im Frühjahr endet die Anmeldung am 16. März.

Für die GdP-Israel-Bildungsreise im Herbst endet die Anmeldung am 15. Juni.

Die Reihenfolge der Anmeldung entscheidet über die Teilnahme. Mitreisende Begleiter sind gern willkommen. Weitere Informationen unter www.israelreise.gdp-bundespolizei.de.
Sven Hüber



Foto: Sven Hüber



forum kriminal- prävention



Zeitschrift der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention



Buchtipps
Neues aus der Wissenschaft
Gewalt an Schulen
Jugenddelinquenz
Erziehung und Pädagogik
Kommunale Prävention
Einbruchsprävention
Sicherheitsstechnik
Prävention in Europa
Evaluation

Aktuelle Präventionsthemen für Sie beleuchtet –
forum kriminalprävention für nur

19,-€
jährlich,
zzgl. Versandkosten

Bitte senden Sie mir die Fachzeitschrift „forum kriminalprävention“ zum Jahresabonnementspreis von 19,- € inkl. MwSt. zzgl. 5,- € Versandkosten zu. Erscheinungsweise: 4 Ausgaben/Jahr



Bestellen Sie heute Ihr Abonnement **forum kriminalprävention** um besser informiert zu sein. Als Dankeschön für Ihre Bestellung erhalten Sie diese LED-Lampe für Ihren Schlüsselbund, die Sie auf jeden Fall behalten dürfen. Weitere Informationen über die Zeitschrift und die Stiftung erhalten Sie auf www.vdpolizei.de (auch online-Bestellungen)

Name, Vorname

Firma, Abteilung

Straße/Hausnummer

Plz, Ort

Telefon/Telefax

E-Mail

Datum, Ort

1. Unterschrift

Vertrauensgarantie: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb der folgenden zwei Wochen schriftlich beim VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH, Anzeigenverwaltung, Forststr. 3a, 40721 Hilden, widerrufen kann und bestätige dies durch meine zweite Unterschrift. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung.

Datum, Ort

2. Unterschrift

Die Fachzeitschrift „forum kriminalprävention“ erscheint 4 x jährlich (März, Juni, September, Dezember). „forum kriminalprävention“ erscheint beim VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH Anzeigenverwaltung und wird von dort als Jahresabonnement bezogen. Das Abonnement bezieht sich auf ein volles Kalenderjahr und verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis 30.06. zum Jahresende eine Kündigung erfolgt. Der Abo-Jahres-Preis beträgt 19,- € inkl. MwSt. zzgl. 5 € Versandkosten. Einzelheftpreis: 5,- € inkl. MwSt. zzgl. Versandkosten.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei
Forststr. 3a • 40721 Hilden
Tel.: 0211/7104-188 • Fax: 0211/7104-4188

Zuerst an Fußgänger und Radfahrer denken

300 Experten beim ersten Deutschen Fußverkehrskongress in Wuppertal

Verkehrsplaner hatten jahrzehntelang vor allem das Auto im Blick. Die Zeiten großzügig geplanter Straßen für den rollenden Verkehr und zentraler Parkflächen in Innenstadtzentren könnten jedoch bald ein Ende finden. Zumindest, wenn es nach der Mehrzahl der 300 Planer, Architekten und Ingenieure geht, die zum ersten in Deutschland organisierten Fußverkehrskongress im Herbst nach Wuppertal gekommen waren. Nach Vorstellungen vieler Teilnehmer muss mehr Platz für Fußgänger und Fahrradfahrer her. Breite Straßenzüge sollen deshalb zurückgebaut werden, Marktplätze künftig wieder zum Verweilen einladen und die dort vielerorts geschaffenen Parkflächen weitgehend verschwinden, lauteten Überlegungen der Diskutierenden.

„Jeder Weg, ob länger oder kürzer, beginnt und endet zu Fuß“, sagte eingangs Gastgeber Prof. Dr.-Ing. Jürgen Gerlach vom Lehr- und Forschungsgebiet Straßenverkehrsplanung und -technik der Bergischen Universität Wuppertal. Er kritisierte, vor diesem Hintergrund seien die heutigen Voraussetzungen für ein „attraktives und sicheres Zu-Fuß-Gehen eher als ‚bescheiden‘ zu bezeichnen“. Seine Einschätzung: „Fußgänger werden oft noch wie eine Randgruppe der mobilen Gesellschaft behandelt.“

Dabei seien sie die Mehrheit, und das solle man in den Städten auch sehen, betonte zugleich Nordrhein-Westfalens Verkehrsminister Michael Groschek in der Stadthalle Wuppertal. Rückblickend räumte er diesbezüglich politische Fehler ein. In den Planungen der autogerechten Stadt sei dem Fußverkehr immer nur die Restfläche im Straßenraum zugestanden worden. Seine Schlussfolgerung: „Wir müssen die Infrastruktur für den Fußgänger zurückerobern. Wir brauchen Platz für Roller und Rollatoren, für Fußgänger mit Kinderwagen und Gehstöcken.“ Der Politiker plädierte deshalb für eine neue Philosophie bei Stadt- und Verkehrsplanern, bei der zuerst an Fußgänger und Radfahrer gedacht wird.

Nordrhein-Westfalen hat das Problem erkannt, die Landesregierung einen Millionen schweren Aktionsplan Nahmobilität auf den Weg gebracht. Groschek sagte: „Wir wollen, dass die Menschen wieder mehr aus eigener Kraft unterwegs sind. Das ist gesund, schon die Umwelt und ist kostengünstig. Hilfen für Fußgänger aller Altersklassen wie Bordsteinabsenkungen, Doppelquerungen für Seh- und Gehbehinderte und Leit-einrichtungen sind gut angelegte Investitionen für selbstbestimmte Mobilität bis ins hohe Alter.“

Wertvoller öffentlicher Raum wird „verschleudert“

In teils lebhaften Diskussionsrunden während der zweitägigen Veranstaltung wurde deutlich, dass es bei Flächenaufteilungen in den Städten nicht um Entscheidungen zwischen Rad- und Fußverkehr gehen dürfe, vielmehr bestehe eine Konkurrenz zum Parken. Es sei nicht einzusehen, so der Tenor, dass wertvoller öffentlicher Raum momentan „verschleudert“ werde. Vielen hoch ausgelasteten Parkzonen auf den Straßen mit negativen Begleiterscheinungen wie der Suche nach freien Plätzen stünden in der Regel unausgelastete Angebote in Tiefgaragen und Parkhäusern gegenüber, sodass bei „besserer Ausnutzung und Reduzierung der Straßenraumparkstände viel mehr Platz für den Fußverkehr zu gewinnen ist“.

Denn Fußgänger sind im Straßenverkehr besonders gefährdet, wie Jörg Ortlepp, Leiter Fachbereich Verkehrsinfrastruktur beim Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV), betonte. Demnach wurde 2013 alle 17 Minuten ein Fußgänger verletzt, 557 bei Unfällen getötet. Das seien 17 Prozent aller Verkehrstoten auf deutschen Straßen. Mit fast 30.000 werden die meisten Fußgänger bei Unfällen innerorts verletzt, außerorts hingegen nur rund 1.500. Besonders gefährdet seien Kinder und Jugendliche sowie Ältere.

Um mehr Sicherheit zu schaffen, folgt man heute nach den Worten von Verkehrsplaner Prof. Jürgen Steinbrecher von der Universität Siegen einer neuen Philosophie. „Der Ansatz ist jetzt: Von außen nach innen denken. Früher haben wir überlegt, wie breit die Fahrbahn

werden muss und dann geschaut, was man links und rechts noch unterbringen kann. Dadurch wurden Geh- und Radwege zu schmal.“ Damit sich Fußgänger sicher fühlen, müssten Gehwege ausreichend breit bemessen werden. Ein Mindestmaß von 2,50 Meter ist in den Regelwerken verankert, reicht aber eigentlich nicht aus. Wenn sich zwei Menschen mit Rollatoren begegnen, brauchen sie bereits eine Breite von 2,70 Meter, hieß es zum Beispiel hierzu. Zudem gehe es um gute Sichtverhältnisse für Fußgänger. Behinderungen durch parkende Fahrzeuge, Bepflanzung oder Schaltkästen seien zu vermeiden. Dies gelte insbesondere auch auf Mittelinseln, eine Verdeckung der Fußgänger durch Verkehrszeichen oder Bepflanzung sei unbedingt zu verhindern.

Diese Probleme sind jedoch nicht deutschlandtypisch. „Ich frage mich oft, warum – ‚weltweit‘ – den Wegen der Fußgänger so wenig Beachtung geschenkt wird. Warum werden in vielen Ländern der Welt Straßen gebaut, aber keine Bürgersteige, wo doch der Mensch zuerst immer läuft, bevor er ins Auto steigt?“, sagte Prof. Dr. Felix Huber vom Lehr- und Forschungsgebiet Umweltverträgliche Infrastrukturplanung, Stadtbauwesen (LUIS) der Universität Wuppertal. „Und weil wir als Fußgänger so beweglich sind, meint jeder mit größter Selbstverständlichkeit seinen Kram einfach auf den Gehwegen abstellen zu dürfen, und kein Mensch regt sich auf. Und warum wird ein mitten auf dem Bürgersteig parkendes Auto mit größter Gleichgültigkeit akzeptiert, ein Sit-in auf einer Straßenkreuzung aber als Nötigung aufgefasst? Und warum werden an Hochschulen Verkehrsplaner für den Straßenentwurf – sogar mit eigenen Lehrstühlen – und nicht für die qualifizierte Fußwegplanung und Fußweggestaltung ausgebildet?“, formulierte der Wissenschaftler zum Abschluss des Kongresses Fragen zum Weiterdenken.

Wolfgang Schönwald



Foto: Kirsten Neumann/ddp



Sicher leben

Das Präventionsportal **PolizeiDeinPartner.de** bietet allen Bürgern, Unternehmen, Institutionen und Behörden die Möglichkeit, sich online über einzelne Themenbereiche der kriminalpolizeilichen Prävention umfassend zu informieren.

Breit gefächerte Themengebiete, z. B.:

- Diebstahl und Betrug
- Gewalt und Missbrauch
- Internet und Mobilfunk
- Sicheres Gebäude
- Verkehrserziehung und -sicherheit
- Zivilcourage



Umfangreicher Zusatz-Service:

- Viele nützliche Links und Downloads
- Monatlicher Newsletter
- Kriminalpolizeiliche Beratungsstellen
- Bußgeldrechner

Zielgruppenorientierte Gliederung:

- Autofahrer und ÖPNV-Nutzer
- Gewerbetreibende
- Kinder und Jugendliche
- Eltern, Lehrer und Erzieher
- Mieter und Eigentümer
- Urlauber

Und viele mehr.



www.PolizeiDeinPartner.de

INFORMIEREN. AGIEREN. VORBEUGEN.

POLIZEI
DEIN PARTNER

Das Präventionsportal

VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR

Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH

Anzeigenverwaltung

Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei



Forststraße 3a, 40721 Hilden

Telefon 0211/7104-0, Telefax 0211/7104-174

av@vdpolizei.de, www.vdpolizei.de

ANTIO – Auf Wiedersehen Kreta

Bundesseniorenreise: Erstklassige GdP-„Rund-um-die-Uhr-Betreuung“

Im vergangenen Jahr organisierte die GdP bereits die 14. Seniorenreise. Diesmal ging es nach Kreta. In einer Vier-Sterne-Hotelanlage mit einer sehr gepflegten Gartenanlage verbrachten nahezu 300 Reiseteilnehmer 14 Tage „Urlaub im Süden“. Beauftragter Begleiter vom Bundesvorstand der Seniorengruppe war Klaus-Peter Leiste, Landesseniorenvorsitzender in Hamburg und Stellvertretender Bundesseniorenvorsitzender, und von der Bundesgeschäftsstelle war Gewerkschaftssekretär Horst Müller dabei.

Huber und Lorenz Rohjan. Alle Betreuer waren für unsere Mitglieder rund um die Uhr erreichbar. Das ist ein erstklassiger Service, den es nur auf den Bundesseniorenreisen der GdP gibt. Das nennt man dann wirklich "all inclusive"! Für die GdP kümmerten sich Horst Müller und Klaus-Peter Leiste um die Urlauber.

Am 26. September starteten Charterflugzeuge von elf deutschen Flughäfen aus, um die 290 Kolleginnen und Kollegen auf die wunderschöne griechische Insel Kreta zu bringen. Bei rund 34 Grad Celsius landeten sie auf dem Flughafen Heraklion. Die Temperaturen und der strahlende Sonnenschein versprachen einen herrlichen Urlaub. Kreta ist neben dem Zypern die sonnenreichste Insel im Mittelmeerraum mit rund 300 Sonnentagen im Jahr.

Am Flughafen wurden die Urlauber durch den Kollegen Heinrich Senkowski von der GdP-Reise-Service GmbH aus Nordrhein-Westfalen (GdP-Reise-Service) und den Mitarbeiterinnen von JahnReisen herzlich begrüßt. Mit Shuttle-Reisebussen ging es zum Hotel „Annabel Beach Resort“ nach Anisaras, etwa 25 Kilometer östlich von Heraklion gelegen. Die letzten Gäste landeten leider erst gegen 23 Uhr und kamen um Mitternacht im Hotel an.

Zwischen den großen Palmen und den weißen zweigeschossigen Bungalowbauten mit den Namen Zeus, Jupiter, Alexandros, Hector; Ithaco, Leto, Kalypso blühte es noch kräftig in den verschiedensten Farben. In dieser Umgebung wurden die Gäste von der Kollegin vom GdP-Reise-Service, Eva Humber, und den freundlichen Servicekräften der Rezeption empfangen. Die Koffer waren schon auf den Zimmern, weil diese bereits bei der Ankunft auf dem Flughafen durch die Mitarbeiterinnen von JahnReisen gelbe Plastikbänder mit der Zimmernummer des Hotels erhielten. Nach dem Einchecken, dem Koffer auspacken und einer ersten Orientierung in der Hotelanlage



Hotelanlage mit Meerblick

gab es im Speiseraum nach der langen Anreise eine Stärkung und etwa zum Löschen des Durstes.

In der Hotel-Lobby neben der Rezeption befand sich die Informationsecke des GdP-Reise-Service, die Reiseleitung von JahnReisen mit dem deutschsprechenden Reiseleiter Georgos Stefanakis, der täglich vor Ort war und sich besonders herzlich um die Gäste kümmerte, und die Kollegen der GdP-Betreuung, die hier zweimal täglich ihre Sprechstunden anboten. Für die Betreuung durch die GdP-Reise-Service waren in den ersten acht Tagen Eva Humber und Heinrich Senkowski zuständig, in der zweiten Woche Peter

Am zweiten Tag, Samstagvormittag, wurden die Urlauber im Open-Air-Theater der Hotelanlage durch Senkowski und Leiste offiziell begrüßt. Auch Hoteldirektor „Theo“ nahm teil und stimmte alle Gäste mit einem Cocktail und einem „JAMAS“ auf einen wunderschönen Urlaub in seinem Haus ein. Danach stellten die Mitarbeiterinnen Jana und Kristina vom Reisebüro JahnReisen die schöne Insel vor. Ihre Ausflugspalette reichte von „Rethymon – Chania – das beste im Westen“, über Lassithia, die fruchtbare Hochebene in 800 Metern, bis Agios Nikolaos, die Hafenstadt in der Bucht von Mirabello im Osten. Ebenfalls se-





Unterhaltung auch am Abend: Klaus Stellmacher unterhält musikalisch die GdP-Urlauber

Fotos(3): Klaus-Peter Leiste

henswert die Insel der Vergessenen, Spinalonga, auf der bis 1957 die Leprakranken untergebracht wurden, Knossos, die Palastanlage, um 1700 v. Chr. erbaut, und die berühmte „Samarria Schlucht“, die es auf einer Länge von etwa 17 km zu durchwandern gilt, und die bis an das libysche Meer führt. ; Beim „Tanz mit den Göttern“ mit inseltypischen Gaumenfreunden und leckerem Wein wurde musikalisch und tänzerisch die griechische Geschichte der Götter dargestellt; ein „Muss“ war dabei der Sirtaki. Auch die wichtigsten griechischen Worte wurden gelernt: Danke = EFHARISTO, Bitte = PARAKALO, Guten Morgen = KALIMERA und Gute Nacht = KALINICHTA und natürlich Prost = JAMAS. Es war für alle urlaubssüchtigen Mitglieder ein sehr interessanter Vormittag, vollgestopft mit Informationen.

Es wurde stürmisch

An diesem Tag begann dann allerdings das Wetter umzuschwenken: Es kam Sturm aus nördlicher Richtung auf, der die nächsten vier Tage anhält. Die etwa ein Meter hohen Wellen



Das Betreuungsteam (v.l.n.r.) Klaus-Peter Leiste, Horst Müller, Kristina (JahnReisen), Heinrich Senkowski, Eva Humberg

peitschten und tobten auf die klippenartige Landschaft und Strände zu; das Wasser stieg und die rote Badeverbotssflagge wurde am hoteleigenen Strand und an weiteren Badestränden der Umgebung gehisst.

Mit der Wetteränderung sanken die Temperaturen, sodass die ersten Gäste zum Ende der ersten Woche

über Erkältungskrankheiten klagten. Der ansässige Hotelarzt hatte plötzlich Hochbetrieb und verschrieb Medikamente am „laufenden Band“. Die Kollegen von GdP-Reise-Service und Horst Müller fuhren mit den Rezepten zu den nahegelegenen Apotheken und besorgten die Medikamente. Auch das war Betreuung „all inklusive“!



Ab Samstag, dem 4. Oktober, wurde das Wetter wieder besser, so wie man es von der sonnenverwöhnten Insel eigentlich kennt und erwartet. Der Sturm schief ein und die Temperaturen stiegen wieder an und somit waren schnell fast alle Liegen in der Hotelanlage besetzt, ob an den sehr schönen Pools

promenade war immer wieder einen Spaziergang wert. Bei den Ausflügen und den Fahrten wurde deutlich, dass die Oliven die Haupteinnahmequelle der Insel sind. Auf Kreta gibt es die meisten Olivenbäume der Welt. Das gewonnene Öl, das beste im Mittelmeerraum, ist der Exportschlager der Insel.

und zuverlässigen Personal zugute. Die Summe wurde an diesem Abend dem Hoteldirektor übergeben. Anschließend würdigte Jörg Radek die engagierte Arbeit von Heinrich Senkowski, der über viele Jahre die Bundesseniorenreisen begleitet hat und auch an den organisatorischen Vorbereitungen beteiligt war. Er ist zum Jahresende in den Ruhestand gegangen und hat sich somit aus dieser verantwortungsvollen Arbeit zurückgezogen. Jörg überreichte ihm eine Urkunde, die vor Ort von Horst Müller und Klaus-Peter Leiste gefertigt worden war, sowie einen besonders schönen Strohhut. Der Geehrte bekam von den Seniorinnen und Senioren tosenden Beifall. Kollege Rohjan wird die schwere und verantwortungsvolle Aufgabe übernehmen.



**GdP-Senioren auf Kreta: Rede des stellvertretenden Bundesvorsitzenden Jörg Radek
Fotos (2): Klaus-Peter Leiste**

oder auf der angrenzenden Rasenfläche. Ja, so sollte Urlaub sein!

Die meisten Olivenbäume der Welt

Am 1. Oktober reiste unser stellvertretender GdP Bundesvorsitzender Jörg Radek mit seiner Ehefrau an, um ebenfalls ein paar Urlaubstage zu genießen. Am nächsten Tag begrüßte er im Open-Air-Theater die Kolleginnen und Kollegen mit ihren Partnern und hielt eine beeindruckende und interessante gewerkschaftspolitische Rede, in der er besonders auf die Innenpolitik des Bundes und der Länder einging. Am Ende seines Beitrages gab es starken Applaus – sogar „standing-ovation“.

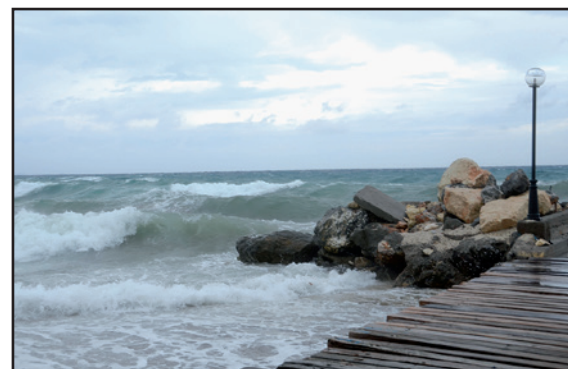
Die weiteren Tage vergingen wie im Flug mit Ausflügen, Schwimmen im Pool und im Meer, Sonnenbaden auf der Liege, leckerem und abwechslungsreichem Essen und vielen interessanten Gesprächen bei Getränken an den Bars. Auch das benachbarte Hafendörfchen Chersonissos, nur etwa drei Kilometer entfernt, mit seinen Einkaufsmöglichkeiten und seiner imposanten Hafenan-

Leider gibt es bei so vielen Urlaubern im fortgeschrittenen Alter auch nicht ganz so schöne Momente. Einige Kolleginnen und Kollegen mussten ins Krankenhaus eingeliefert und dort behandelt werden, wobei ein Urlauber schon nach acht Tagen mit seiner Ehefrau und seinem Sohn, der extra angereist war, wieder nach Hause fliegen musste, um sich umgehend in ärztliche Behandlung zu begeben. Ein weiterer Kollege musste den Heimflug in Begleitung eines Arztes und eines Sanitäters antreten. Wir wünschen allen erkrankten Kolleginnen und Kollegen nochmals alles Gute sowie baldige Genesung!

Deutsche Volkslieder auf dem Akkordeon

Am 4. Oktober veranstaltete der GdP-Reise-Service eine große Tombola mit vielen interessanten Preisen, die von JahnReisen, der GdP und von der GdP-Reise-Service gestiftet worden, sowie eine Präsentation der Bundesseniorenreise 2015, die auf die griechische Insel Rhodos führt. Der gesamte Erlös der Tombola von 3.000 Euro kam dem fleißigen, korrekten

Das war mal wieder ein gelungener und geselliger Abend. Damit aber nicht genug, denn am 8. Oktober lud Kollege Klaus Stellmacher aus Hessen zu einem musikalischen Abend ein. Er spielte sehr schöne alte deutsche Volkslieder auf einem Akkordeon, das Georges Stefanakis organisiert hatte, und die Urlauberinnen und Urlauber sangen im Open-Air-Theater begeistert mit. Da an



diesem Abend ein sternklarer Himmel zu erleben war und der Mond sich von seiner besten Seite zeigte, bekam das Lied „Der Mond ist aufgegangen“ eine ganz besondere Note.

Klaus-Peter Leiste verabschiedete alle Urlauber der GdP-Bundesseniorenreise und wünschte eine gute Heimreise, eine wunderschöne Vorweihnachtszeit und ein gesundes Jahr 2015. Er sprach die Hoffnung aus, dass sich alle Reisenden zur 15. Bundesseniorenreise auf Rhodos wiedersehen können.

Klaus-Peter Leiste





Bundeskongress 2014: „Ich vertrete 32.600“

Alle vier Jahre findet sich das oberste Wahlgremium der Gewerkschaft der Polizei (GdP), der Bundeskongress, zusammen, um über gewerkschaftspolitische Anträge und Grundsätze zu beraten und zu beschließen. „Ich vertrete 32.600“, so lautete die Botschaft der JUNGEN GRUPPE (GdP), mit der sie auf dem 25. Ordentlichen Bundeskongress im November in Berlin auf sich aufmerksam machte. Grund dafür war die in mehreren Bezirken sehr geringe Beachtung junger Kolleginnen und Kollegen bei der Vergabe von Delegiertenmandaten.

Es geht um einen gerechten Austausch von Interessen zwischen den Geschlechtern und Generationen. Um das zu erreichen, müssen Frauen und Jugend bereits bei der Mandatsvergabe ausreichend berücksichtigt werden. Nur mit einer geschlechter- und generationengerechten Mandatsverteilung können die verschiedenen Sichtweisen aller Beteiligten angemessen in die Diskussionsprozesse und Beschlussfassungen mit einfließen.

Wenn bei 252 Delegierten lediglich 17 Kolleginnen und Kollegen aus den Reihen der JUNGEN GRUPPE (GdP) mit einem Delegiertenmandat ausgestattet sind, fehlt es nicht nur an Gerechtigkeit, sondern bedarf es großer Anstrengung, um den eigenen Sichtweisen ausreichend Aufmerksamkeit zu verschaffen. Dass es der JUNGEN GRUPPE (GdP) dennoch gelungen ist, die Delegierten von der Wichtigkeit ihrer Themen zu überzeugen, zeigt, dass sich der gewerkschaftliche Nachwuchs auf einem guten Weg befindet und es sich lohnt, jungen Menschen Verantwortung zu übergeben. Die Organisation sollte hier künftig etwas mutiger werden und den jungen Kolleginnen und Kollegen etwas mehr Vertrauen schenken.

Insgesamt wurden 15 Anträge durch den Bundesjugendvorstand eingereicht und durch die Delegierten diskutiert. Zudem wurde kurzfristig ein Änderungsantrag zur Satzung gestellt und angenommen, der künftig auch Gastdelegierten ein Rederecht einräumt, aber auch den Mitgliedern der Geschäftsführenden Personengruppenvorstände eine Stimme beim Bundeskongress gibt.

Wie die Organisation auch in Zukunft den gewerkschaftlichen Herausforderungen gerecht werden kann, ist nicht erst zum Bundeskongress ein Thema der JUNGEN GRUPPE (GdP). Seit 2012 setzen sich

junge aktive Mitglieder mit der künftigen Ausrichtung der GdP besonders intensiv auseinander. Viele Themen aus den zentralen Arbeitstagungen des Bundesjugendvorstandes wurden durch die Zustimmung des Bundeskongresses zu einem Arbeitsauftrag an den Bundesvorstand. Auch wenn Anträge zur Nachwuchsförderung und Personalentwicklung auf den ersten Blick wie spezielle JUNGE GRUPPE (GdP)-Themen erscheinen, liegen sie letztlich immer im Interesse und in der Verantwortung der gesamten Organisation.

Zudem schreitet die technologische Entwicklung immer schneller voran. Im Zeitalter von Facebook und Co. müssen auch moderne Medien bedient werden. Ziel sollte es sein, die Menschen dort abzuholen, wo sie sich regelmäßig aufhalten. Die Kommunikation über das Internet ist bereits Normalität und betrifft nicht nur junge Menschen. Es gilt, mit der technologischen Entwicklung Schritt zu halten, Möglichkeiten zu erkennen und Risiken abzuwägen. Dass die Delegierten auch hier der JUNGEN GRUPPE (GdP) und ihren Antragsbegehren gefolgt sind, zeigen die angenommenen Anträge, durch die der Bundesvorstand beauftragt wurde, sich für einen modernen Internetauftritt sowie die Präsenz innerhalb sozialer Netzwerke wie Facebook einzusetzen.

Bereits seit längerer Zeit betrachtet auch die JUNGE GRUPPE (GdP) mit Besorgnis das föderale Auseinanderdriften der Polizeien des Bundes und der Länder beispielsweise in Bezug auf einheitliche Besoldung, Versorgung, Ausstattung oder

Ausbildung. Obwohl die negativen Folgen der Föderalismusreform bei den politisch verantwortlichen Akteuren erkannt sind und die Ziele der Reform aufgrund vielfach zunehmender Kooperationen zwischen den Ländern bereits ad absurdum geführt wurden, wird das Rad von den politisch Verantwortlichen nicht zurückgedreht. Hier ist es die Aufgabe der GdP, mit starker



Foto: Rohde

Die Botschaft der JUNGEN GRUPPE (GdP) zum Bundeskongress: Ich vertrete 32.600

Stimme dafür zu sorgen, dass die Folgen der Föderalismusreform gestoppt und umgekehrt werden. Einem Wettbewerb um die „klügsten und besten Köpfe“ muss eine klare und deutliche Positionierung der GdP entgegengehalten werden. Die Qualität von Polizeiarbeit in Deutschland darf sich, wie die Besoldung und Versorgung ihrer Beamtinnen und Beamten sowie ihrer Pensionäre, nicht aufgrund landesspezifischer Regelungen unterscheiden. Sie ausschließlich anhand der jeweiligen Haushaltslage zu differenzieren, ist für viele Kolleginnen und Kollegen eine Zumutung. Um weiterhin Polizeiarbeit in Deutschland nachhaltig fortzuentwickeln, muss die GdP ihrer Linie treu bleiben und sich als eine Organisation verstehen, die ihre Stärke aus einer einheitlichen und überregionalen Wahrnehmung sowie einem länderübergreifenden Erkenntnisgewinn erlangt. Auch





diesem Anliegen des Bundesjugendvorstandes wurde mit großer Mehrheit gefolgt. Vielfach fanden die Anliegen der JUNGEN GRUPPE (GdP) Gehör und Zustimmung. Lediglich zwei Anträge erhielten keine Mehrheiten. Unter Berücksichtigung, dass es sich hierbei um durchaus knappe Entscheidungen gehandelt hat, verflieg die Enttäuschung über die Ablehnung letztlich recht schnell und es überwog die Erkenntnis, auch diese Diskussionen auf Augenhöhe geführt zu haben. So liegt es auch künftig in der Verantwortung der Funktionäre und Delegierten, dafür Sorge zu tragen, dass

für sie im Geschäftsführenden Bundesvorstand verantwortlichen Mitglieds Dietmar Schilff zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden.

Unser Dank richtet sich an die hauptamtlichen Kolleginnen und Kollegen aus Bund und Ländern, die uns nicht nur auf den Kongressen und Delegiertentagen, sondern auch im gewerkschaftlichen Alltag mit Fachkompetenz und Engagement dazu verhelfen, unseren Aufgaben und Vorhaben aus dem Ehrenamt heraus nachkommen zu können. Wir bedanken uns bei den Dele-

sind, um an der Vorbereitungsitzung des Bundesjugendvorstandes teilzunehmen und damit gezeigt haben, dass ihnen die Mitgestaltung gewerkschaftspolitischer und beruflicher Ausrichtung sehr wichtig ist. Sie haben der JUNGEN GRUPPE (GdP) und ihren Anliegen eine Stimme gegeben, mit Engagement und Leidenschaft um die Interessen der jungen Generation gekämpft und ein Bild von Gemeinschaft und Miteinander hinterlassen, das uns noch länger in Erinnerung bleiben und zugleich Motivation für die bevorstehenden Aufgaben sein wird

Kevin Komolka



„Die Kollegen der JUNGEN GRUPPE (GdP), Max Haendschke (l.) und Ernst Herget (r.), machen von ihrem Stimmrecht Gebrauch.“
Foto: GdP/Immel

junge Menschen in unserer Organisation eine Stimme erhalten, um für ihre Interessen unmittelbar eintreten zu können. Gleichfalls liegt es aber auch in der Verantwortung der jungen Generation, weiter auf sich aufmerksam zu machen und ihr Recht auf Mitbestimmung einzufordern. Die JUNGE GRUPPE (GdP) gratuliert den wieder oder auch neu in ein Amt des Geschäftsführenden Bundesvorstandes gewählten Mitgliedern sehr herzlich und freut sich auf die Zusammenarbeit in den kommenden vier Jahren. Sie wünscht allen Mitgliedern um den alten und neuen Bundesvorsitzenden Oliver Malchow alles erdenklich Gute für die bevorstehende Arbeit. Ganz besonders freut sich die JUNGE GRUPPE (GdP) über die Wiederwahl des

gierten, die im fairen Miteinander, teilweise hart in der Sache, um die gewerkschaftspolitische Ausrichtung der bevorstehenden vier Jahre gerungen haben und bei allen Beteiligten, die unsere Anliegen mit Hilfe unserer Aktionen unterstützt haben. Zudem gilt der Dank allen Gästen, die vor Ort ihr Interesse an der Organisation gezeigt haben. Der Bundeskongress war für uns alle eine ganz besondere Erfahrung und zugleich Anreiz, uns auch weiterhin mit großer Hingabe, aber auch mit Spaß an der Sache, für die Interessen unserer Kolleginnen und Kollegen einzusetzen. Einen ganz besonderen Dank richte ich daher persönlich an die anwesenden Mitglieder der JUNGEN GRUPPE (GdP), die bereits am Sonntag vor Kongressbeginn angereist

Kurzer Veranstaltungshinweis

Unter dem Titel „**Eigensicherung ist kein Zufall – Part 2**“ findet vom 6. bis 8. Februar in Wiesbaden ein spezielles Eigensicherungs- und Zugriffstraining statt. Das erneut in Kooperation mit der Europäischen WingTsun Organisation (EWTO) bundesweit angebotene und dieses Mal unter Schirmherrschaft des hessischen Innenministers Peter Beuth stehende Seminar wird wieder bis zu 150 Kolleginnen und Kollegen aus Polizei, Zoll und Justiz sowie kommunaler Ordnungsdienste die Möglichkeit bieten, ihre Kenntnisse und Fähigkeit bei Workshops zu festigen und zu erweitern. Alle wichtigen Informationen zur Veranstaltung und das Anmeldeformular findet ihr unter

www.gdpjg.de.

Seminarauuschreibung

[http://www.gdp.de/gdp/gdp.nsf/id/JG_EIKZ2015/\\$file/SAEIKZ2015.pdf](http://www.gdp.de/gdp/gdp.nsf/id/JG_EIKZ2015/$file/SAEIKZ2015.pdf)

Anmeldeformular

http://www.gdp.de/gdp/gdp.nsf/ID/JG_EIKZ

IMPRESSUM:

Herausgeber:
Bundesjugendvorstand Junge Gruppe (GdP),
Stromstr. 4, 10555 Berlin
Telefon: (030) 39 99 21 - 105;
Fax: (030) 39 99 21 - 200
www.gdp-junge-gruppe.de
jg@gdp-online.de

V. i. S. d. P.: Sabrina Kunz

Redaktion:
Torsten Rohde, Sabrina Kunz



Der neue Bußgeldkatalog

Bußgelder, Fahrverbote und Punkte drohen auch den sorgfältigsten Verkehrsteilnehmern. Meist ist den Betroffenen schon bei Begehung der Ordnungswidrigkeit, spätestens aber mit Eingang des Anhörungsbogens bewusst, welche Konsequenzen drohen. Dieser Ratgeber erklärt verständlich die Rechtslage und gibt erste Anhaltspunkte, wie man sich im Verfahren verhalten sollte. Zudem wird alles Wesentliche zum Ablauf des Bußgeldverfahrens beschrieben und wie man sich wehren kann, zu den wesentlichsten Verkehrsverstößen: Geschwindig-



keitsübertretungen, Abstandsverstößen, Überfahren einer roten Ampel oder Trunkenheits- und Drogenfahrten sowie zu den drohenden Folgen: Geldbuße, Fahrverbot und Punkte „in Flensburg“.

Seit Mai 2014 gilt der neue Bußgeldkatalog mit dem geänderten Punktesystem.

Der neue Bußgeldkatalog, Carsten Krumm, C. H. Beck, 2. Auflage, 2014, 128 Seiten, 6,90 Euro, ISBN 978-3-406-66083-2

Internetkriminalität

Nach einer kurzen Einführung in die Thematik werden Varianten des Begriffs Internetkriminalität erläutert und die Entwicklung rechtlicher Grundlagen dieser Krimi-

nalitätserscheinung auf nationaler und internationaler Ebene dargestellt. Die Autoren stellen Organisationen vor, die sich mit der Bekämpfung beschäftigen. Unterschiedliche Phänomene der Internetkriminalität werden beschrieben und die möglichen Strafrechtsnormen und zivilrechtlichen Bestimmungen aufgeführt. Im Anschluss an jedes Kapitel erhält der Leser eine Checkliste mit wichtigen Punkten zur polizeilichen Anzeigenaufnahme. Einbezogen sind hierbei nicht nur die zu erhebenden Daten, sondern in speziellen Fällen auch der Hinweis auf Ermittlungsansätze. Einschlägige Tipps für Präventionsmaßnahmen schließen die Kapitel ab; zahlreiche Abbildungen verdeutlichen den Inhalt.

Das Handbuch richtet sich besonders an Polizeibeamte in Aus- und Fortbildung sowie Ermittler in den Ermittlungsgruppen der Polizeiinspektionen.

Internetkriminalität, Phänomene – Ermittlungshilfen – Prävention, Michael Büchel, Peter Hirsch, Kriminalistik, Reihe: Grundlagen der Kriminalistik, Band 48, 2014, 182 Seiten, 29,99 Euro, ISBN 978-3-7832-0026-3



Nr. 1 • 64. Jahrgang 2015 •
Fachzeitschrift und Organ der
Gewerkschaft der Polizei



Erscheinungsweise und Bezugspreis:
Monatlich 2,90 EURO
zuzüglich Zustellgebühr.
Bestellung an den Verlag.
Für GdP-Mitglieder ist der
Bezug durch den
Mitgliedsbeitrag abgegolten

Deutsche Polizei

Herausgeber: Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand,
Stromstr. 4, 10555 Berlin
Telefon: (030) 39 99 21 - 0
Fax: (030) 39 99 21 - 200
Internet: www.gdp.de

**Redaktion DEUTSCHE POLIZEI/Internetredaktion/
Pressestelle**

Chefredakteur/Pressesprecher: Rüdiger Holecek (hol)
CvD: Michael Zielasko (mzo), Wolfgang Schönwald (wsd)
Redaktionsassistent: Johanna Treuber
Gewerkschaft der Polizei, Pressestelle, Stromstraße 4,
10555 Berlin
Telefon: (030) 39 99 21 - 113, - 117
Fax: (030) 39 99 21 - 200
E-Mail: gdp-pressestelle@gdp.de
Grafische Gestaltung & Layout:
Rembert Stolzenfeld, Dipl.-Designer

Die unter Verfassernamen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen und redaktionell zu bearbeiten.

In DEUTSCHE POLIZEI veröffentlichte Beiträge werden ggf. auf www.gdp.de und GdP-APP verbreitet.



**VERLAG
DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der Gewerkschaft
der Polizei**
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon Düsseldorf (0211) 7104-183
Fax (0211) 7104-174 **E-Mail** av@vdp.polizei.de

Geschäftsführer:
Bodo Andrae, Joachim Kranz

Anzeigenleiterin:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 37
vom 1. Januar 2015



Druckauflage dieser Ausgabe:
178.390 Exemplare
ISSN 0949-2844

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co.KG,
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern,
Postfach 1452, 47594 Geldern,
Telefon (02831) 396-0,
Fax (02831) 89887

Titel

Foto:
Roland Weihrauch/dpa
Gestaltung:
Rembert Stolzenfeld



EINSATZLEHRE

Grundlagen für Studium und Praxis

Von **Jürgen Zeitner**.



2. Auflage 2015

Umfang: 168 Seiten

Format: DIN A 5, Broschur

Preis: 19,90 € [D]

ISBN 978-3-8011-0747-5

Im fachlichen Mittelpunkt dieses Buches stehen das Einsatzmodell für den täglichen Dienst (Leitfaden 371) und der Planungs- und Entscheidungsprozess der Polizeidienstvorschrift 100 und damit die methodischen Grundlagen für die Einsatzbewältigung. Die Sachverhalte werden anhand vieler Beispiele, Grafiken und Schaubilder anschaulich erläutert. In einem abschließenden Übungsteil werden die Inhalte auf exemplarische Klausuraufgabenstellungen übertragen.

Damit richtet sich diese übersichtliche Darstellung insbesondere an die Studierenden der Studiengänge der Fachbereiche Polizei in Bund und Ländern und alle in der polizeilichen Aus- und Fortbildung tätigen Dozentinnen und Dozenten, Trainerinnen und Trainer sowie Tutorinnen und Tutoren.



DER AUTOR

Jürgen Zeitner, seit 2003 hauptamtlich Lehrender im Fach Einsatzlehre an der FHöV NRW.



Jürgen Zeitner



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de · www.VDPolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.VDPolizei.de

Powerleuchte mit Mobilitätsgarantie

PROTRADE
Product Development + Production

Astrum 10 Watt CREE LED Super-Powerleuchte mit Fokussierung und Powerbank Funktion

Diese außergewöhnliche Design-Leuchte ist ein Multitalent für Zuhause und unterwegs. Mit ihrer beeindruckenden Leuchtkraft von 350 Lumen spendet sie einen sehr hellen und weitreichenden Lichtstrahl (über 150 Meter). Durch das robuste, wassergeschützte high-end Aluminiumgehäuse ist sie der perfekte Begleiter bei der nächsten Reise, bei vielen anderen Freizeitaktivitäten sowie bei Reparatur- und handwerklichen Tätigkeiten.

Die hochwertige CREE LED Typ XM-L T6 kann in drei verschiedene Leucht-Modi geschaltet werden: 100 %, 50 % sowie eine Signalfunktion. Durch Herausziehen des Leuchtkopfes kann der Lichtstrahl fokussiert werden.

Ebenfalls kann die Leuchte mit ihrer eingebauten Energie auch als Ladegerät für Smartphone, Navi und viele andere mobile Geräte über USB verwendet werden. Der 2600 mAh starke Li-Ionen-Marken-Akku wird mit dem mitgelieferten Ladekabel über die Steckdose aufgeladen.

Durch eine Schutzschaltung ist eine Tiefentladung sowie eine Überladung des Akkus ausgeschlossen. Ladezeit ca. 9–10 Stunden, Brenndauer bei 100 % Leuchtfunktion bis zu 2,5 Stunden möglich. Output: 4.2 V, 1000 mA. Inkl. Karton-Geschenkverpackung mit Magnetverschluss. Maße: ca. 17 x 4 cm. Farbe: Titan.



beeindruckende Leuchtkraft



Lademöglichkeit für Smartphone



Geschenkverpackung



257101



34,90 €

43,90 €

Letzter Bestelltermin: 31.01.2015

Die Lieferung erfolgt erst ab Mitte Januar 2015!

Wichtig: Bei Auftragswert unter 100,- Euro zuzüglich 4,50 Euro Porto- und Versandkosten. Nutzen Sie den Vorteil einer Sammelbestellung.



**ORGANISATION- UND SERVICE-GESELLSCHAFT
DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI MBH**

Postfach 309 • 40703 Hilden • Tel.: 02 11/7104-168 • Fax: -4165
osg.werbemittel@gdp.de • www.osg-werbemittel.de

Weitere Produkte finden Sie unter: www.osg-werbemittel.de, oder fordern Sie unseren kostenlosen OSG-Werbemittelkatalog an.